

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 30. Mai 1906

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Zeffin (Zundel), Wilhelmshöhe, Post Begeck bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtach-Straße 12.

Inhalts-Verzeichnis.

Ausperrungs-Epidemie. Von J. Reize. — Ehe und Sittlichkeit. III. Kinderarbeit und Kinderschutz. Von Käthe Dunder. — Der Kampf um die Rente. Von E. G. (Fortf.). — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau. Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Quittung. Feuilleton: Selbsthilfe. Von Ludwig Pfau. (Gebicht). — Die alte Hergil. Von Maxim Gorki. (Fortf.)

Ausperrungs-Epidemie.

Das gesamte deutsche Wirtschaftsleben leidet gegenwärtig unter fortgesetzten Erschütterungen. Der von der Regierung im Bunde mit den bürgerlichen Parteien geschaffene Zolltarif zeitigt schon jetzt die schlimmen Folgen, welche die Vertreter der werktätigen Massen, die Sozialdemokraten, im Reichstag vorausgesagt haben. In den Industrien, welche von den Zoll erhöhungen betroffen sind, beginnen die Herren Kapitalisten zum Teil ihre Betriebe ins Ausland zu verlegen, um ihre hohe Profitrate aufrecht zu erhalten und womöglich noch zu steigern. Massenentlassungen von Arbeitern und Arbeiterinnen sind die Folgen davon. Zu der Arbeitslosigkeit oder wenigstens Unsicherheit und Unstetigkeit der Beschäftigung tritt eine beträchtliche Preissteigerung der Lebensmittel, sowie so ziemlich aller notwendigen Gebrauchsartikel. Und noch stehen wir erst am Anfang der Wirkungen der unheilvollen Zollpolitik, welche das Brandmal struppeloser Klassenpolitik der Herrschenden trägt. Die kürzlich im Reichstag beschlossenen neuen Steuern auf Bier, Tabak, Fahrkarten, Stempel und Quittungen müssen die lastende Situation noch verschärfen.

Mit zwingender Notwendigkeit wird das deutsche Proletariat getrieben, sich gegen die verderblichen Folgen der Zollpolitik zu wehren. Es muß danach streben, die gesteigerten Ausgaben für den Lebensbedarf durch höhere Einnahmen wett zu machen, das heißt durch bessere Löhne. Allerorten befinden sich daher die Gewerkschaften, die berufenen Schützer der wirtschaftlichen Arbeiterinteressen, im Kampfe für bessere Arbeitsbedingungen. Bei diesem Kampfe handelt es sich in Wirklichkeit nicht darum, Verbesserungen des Arbeiterlozes zu erobern, es gilt vielmehr, das bereits errungene Terrain zu behaupten. Die Forderungen auf Erhöhung der Löhne stehen kaum im Verhältnis zu der künstlichen Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse. Das Streben der Gewerkschaften, die Lebenshaltung der Proletarier nicht auf ein niedrigeres Niveau herabdrücken zu lassen, ist ein Moment von großer sozialer Bedeutung. Es zeigt, daß die moderne Arbeiterbewegung eine tatkräftige Förderin der Kultur ist. Verschlechterte Lebenshaltung der arbeitenden Massen bedeutet körperliche, geistige und sittliche Degeneration des Volkes. Bei der Rolle, welche das Proletariat in der Gesellschaft spielt, liegt eine gehobene Lebenshaltung der arbeitenden Massen im Interesse der geschichtlichen Entwicklung; eine körperlich, geistig und sittlich tüchtige Arbeiterklasse ist eine Bürgschaft für die Befreiung, den Aufstieg der Menschheit. Um hohen Preis geht somit die gegenwärtige gewaltige Streikbewegung, welche die deutschen Arbeiter erfasst hat.

Das Unternehmertum zeigt kein Fünkchen von Verständnis für die Situation, welche seine politische Vertretung, die bürgerlichen Parteien, mitgeschaffen haben, und welche nicht bloß den Junkern die weiten Taschen füllt, sondern auch vielen der reichsten Industriellen riesigen Vorteil bringt. Im Bunde mit den Staatsgewalten ist es eifrig bemüht, die Bewegung mit den brutalsten Mitteln niederzukämpfen. Nicht bloß deswegen, weil es nicht auf einen Heller seiner fetten Profite verzichten will. Es sehnt sich vor allem auch danach, die Gelegenheit auszunutzen, um den Standpunkt des Herrseins im Hause mit allem Nachdruck durchzusetzen, seine Macht über die Lohnsklaven zu befestigen und zu erweitern. Aber die Lohnforderungen hinaus gilt der Kampf der Kapitalisten der Arbeiterorganisation, der Gewerkschaft, und der gesetzlich gewährten Koalitionsfreiheit. Die Herren möchten die ausgebeuteten Massen

unorganisiert und rechtlos, widerstandsunfähig zu ihren Füßen sehen. Planmäßig gehen sie zu diesem Zwecke vor. In den Arbeitgeberorganisationen haben sie sich zu einer gewaltigen Macht zusammengeschlossen, die bei der bescheidensten Lohnbewegung in Aktion tritt. Streiks in einzelnen Betrieben, Kämpfe von geringem Umfange werden durch allgemeine Ausperrungen beantwortet, die Tausende und Zehntausende von Arbeitern und Arbeiterinnen treffen, welche der Bewegung fernstehen, die niedergezwungen werden soll. Nach welchem Industriegebiet man blickt, zeigt sich die gleiche Erscheinung.

Besonders charakteristische Belegstücke für die Unternehmertaktik liefern die Ausperrungspläne der organisierten Metallindustriellen, unter denen sich bekanntlich die berühmtesten „Scharfmacher“ befinden. Um die Formen und Gießer in Hannover, Braunschweig, Dresden, Breslau, Frankfurt a. M. und Ostfriesland zu Paaren zu treiben, drohten die Herren, bei Nichtaufnahme der Arbeit zu einem bestimmten Termin bis zu 80 Prozent der deutschen Metallarbeiter, zirka 320 000, ausperrern zu wollen. Die Kühnemannern gedachten, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: die örtlichen Lohnbewegungen abzuwürgen und den herzlich gehaltenen Metallarbeiterverband zu zerschmettern, der sich mit seinen mehr als 300 000 Mitgliedern zur größten Gewerkschaft der Erde entwickelt hat. Der Arbeitertrugverband hat seither viel Wasser in seinen Wein schütten und zum Rückzug blasen müssen. Die Metallindustriellen dieses und jenes Bezirks waren nämlich wohl dabei, mit vollen Backen den Arbeitern zu drohen; sie schreckten jedoch davor zurück, durch einen Riesenkampf, wie ihn Deutschland noch nie gesehen, sich die Möglichkeit zu beschränken, die günstige wirtschaftliche Konjunktur voll auszunutzen. Ihre Klassen-solidarität war nicht stark genug, um ihren Privategoismus zu bändigen. Aber wie auch die Kampfsituation in der Metallindustrie sich noch entwickeln mag, die geträumte Zerschmetterung des Verbandes wird ein „frommer Wunsch“ der scharfmacherischen Unternehmer bleiben. Ihr Toben und Wüten gegen ihn trägt umgekehrt zu seiner Ausdehnung und Stärkung bei und darüber hinaus zur Förderung des wirtschaftlichen und politischen Klassenkampfes des deutschen Proletariats.

Das Vorgehen der Metallindustriellen ist ein Schulbeispiel der Ausperrungs-Epidemie, welche die deutsche Kapitalistenklasse ergriffen hat. Mit unübertrefflicher Klarheit zeigt es nicht bloß den Metallarbeitern, sondern den Arbeitern jeglichen Berufs, wessen sie sich von ihren Herren und Ausbeutern zu versehen haben, sobald sie sich nicht willenlos und wehrlos durch den Goldhunger von Kraut- und Schlotjüngern auf eine niedrigere Stufe der Lebenshaltung herabstoßen lassen; sobald sie vielmehr behaupten wollen, was sie an bescheidener Verbesserung ihrer Lage in opferreichen Kämpfen erreicht haben, um von diesem Boden aus weiter nach vorwärts und aufwärts zu drängen. Weder vor dem Hunger noch vor den Kulturbedürfnissen der Arbeiterklasse machen kapitalistische Ausbeutungsgier und Herrschsucht Halt. Sie scheuen sich nicht, durch frivole herausbeschworene Kämpfe Hunderttausende der bittersten Not zu überliefern und das wirtschaftliche und soziale Leben der gesamten Nation den schwersten Erschütterungen auszusetzen. So beleuchten die Ausperrungen scharf, wie tief und breit der Klassen Gegensatz zwischen Arbeitern und Kapitalisten gähnt, und wie gemeingefährlich die Herrschaft der Kapitalistenklasse geworden ist. So predigen sie aber auch den Arbeitern ohne Unterschied des Berufs, des Geschlechts, der Konfession in eindringlicher Weise die Notwendigkeit des Zusammenschlusses und Kampfes, um diese gemeingefährliche Herrschaft beugen und brechen zu können.

Die Ausperrungen lenken zunächst zwingend den Blick auf die Unentbehrlichkeit und die Bedeutung der Gewerkschaft, die ein festes Bollwerk gegen die kapitalistische Profitgier ist. Sie spielen für die bisher indifferenten Arbeitermassen die Rolle von Sammelbecken, von denen aus jene der Organisation zugeführt werden. Sie wecken aber auch die Erkenntnis von dem Zusammenhang des wirtschaftlichen und politischen Lebens und damit von der Notwendigkeit und Wichtigkeit des politischen Kampfes der Arbeiterklasse.

Das ausperrungswütige Unternehmertum begnügt sich nicht damit, seine große wirtschaftliche Macht gegen die Arbeiter ins Treffen zu führen, es mobilisiert gegen sie die bürgerliche Presse, die Geistlichkeit, Polizisten und Juristen, mit einem Wort, seinen ganzen gewaltigen sozialen Einfluß und die starken Machtmittel des Staates. Dadurch werden Tausende und Zehntausende die Augen dafür geöffnet, daß dieser Staat ein Klassenstaat, der Staat der ausbeutenden Kapitalisten ist.

Nützen wir im Interesse des proletarischen Befreiungskampfes die durch die Ausperrungs-Epidemie der Unternehmer geschaffene Situation. Die Hunderttausende von Proletariern, die noch abseits von der Arbeiterbewegung dahinleben, deren stumpfsinnige Gleichgültigkeit das Rückgrat der prozigen Unternehmer stützt, müssen aufgeklärt und zu zielsicheren Kämpfern erzogen werden. Nicht in letzter Linie gilt es, die Arbeiterinnen aus ihrem Indifferentismus aufzurütteln und der Gewerkschaftsbewegung wie dem politischen Kampfe zuzuführen. Wenn auch im Laufe der letzten Jahre die weiblichen Mitglieder der Gewerkschaften in erfreulicher Weise zugenommen haben, so gibt es doch leider noch viel zu viele erwerbstätige Proletarierinnen, die von der kulturfeindlichen „verdammten Bedürfnislosigkeit“ beherrscht, willige Objekte der härtesten Ausbeutung sind und dadurch den Kapitalisten ermöglichen, auch Böhne und Lebenshaltung der männlichen Arbeiter herabzudrücken. Da steht denn noch ein unendlich großes Feld der Aufklärungs- und Organisationsarbeit offen. Und nicht minder wichtig ist es, auch die Proletarierinnen zu belehren und zusammenzuschließen, die nicht einem Broterwerb nachgehen und lediglich als Hausmütter in der Familie tätig sind. Das Proletariat kann ihr Verständnis, ihre Opferfreudigkeit und Begeisterung für seine wirtschaftlichen und politischen Kämpfe nicht entbehren.

Bemühen wir uns, allen Pflichten gerecht zu werden, die uns als Klassenbewußten Proletariern aus der Situation des Augenblicks erwachsen, so müssen sich die grassierenden Massenausperrungen unfehlbar aus einem Mittel, den Vormarsch des Proletariats zu hemmen, in ein Mittel verwandeln, ihn zu fördern und zu beschleunigen. Sorgen wir dafür, daß die Reihen der Kämpfer und Kämpferinnen sich mehren, fester schließen und besser rüsten, daß sie stark und klarblickend Schritt für Schritt die Bahn freilegen, auf der das Proletariat einer freien und glücklichen Zukunft entgegenmarschiert. Dank unserer Einsicht und unserem Willen müssen die Ausperrungen sich erweisen als „ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft“.

J. Reize

Ehe und Sittlichkeit.

III.

In langer Entwicklung ist in den Perioden der Wildheit und Barbarei der Geschlechtsverkehr von der „regellosen Vermischung“ von Mann und Weib über verschiedene Formen der Gruppenehe zur losen Paarungsehe und von ihr zur festen Einzelehe emporgestiegen, mit welcher das Vaterrecht an Stelle des „Mutterrechtes“ trat. Als wichtigste treibende Kräfte der Wandlungen darf man wohl zweierlei ansprechen. Zunächst die beobachteten schädlichen Wirkungen der Inzucht, die auf Erweiterung des Kreises der Personen hindrängten, welche als „blutsverwandt“ — nach mütterlicher Abstammung gerechnet — von der geschlechtlichen Vereinigung miteinander ausgeschlossen wurden.

Ferner die Art und Weise, wie die Wilden und Barbaren ihren Lebensunterhalt gewannen und sicherten, mit einem Wort: die Entwicklung der Arbeit, ihre steigende Ergiebigkeit und die dadurch bedingten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Diese Annahmen können sich auf ethnographische Forschungsergebnisse berufen, wie auf altersgraue Denkmäler der Literatur, die beide uns in das Leben wilder und barbarischer Stämme und Völker einführen, deren niedrige Kulturstufe den Gang und die Stappen der Menschheitsentwicklung widerspiegelt. Wie viel Hypothetisches auch immer den Theorien über die Geschichte der Ehe anhaften mag, die sich darauf aufbauen: unzweifelhaft weisen ethnographische und literarische Forschungen aus, daß die Monogamie nicht von Ewigkeit sei, vielmehr an der Schwelle der Zivilisation als das Ergebnis eines langen Entwicklungsprozesses auftritt, in dem die Stimme der Sittlichkeit, die individuelle Geschlechtsliebe

kaum schüchtern gehört wurde und keineswegs das letzte und entscheidende Wort sprach. Eine soziale Einrichtung aber, die unter dem Einfluß sich wandelnder gesellschaftlicher Verhältnisse geworden ist, die kann auch nun und nimmer dem Wechsel der Zeiten entzogen bleiben. Sie muß sich in dem Maße ändern, als der wirtschaftliche Untergrund sich umwälzt, aus dem sie herausgewachsen ist und der sie trägt; in dem Maße, als mit dem ökonomischen Sein zusammen das sittliche Bewußtsein der Menschen ebenfalls revolutioniert wird und seinerseits revolutioniert. Die Geschichte zeigt uns denn auch, daß die vaterrechtliche Einzelhe durchaus nicht in starrer Unveränderlichkeit verharret ist. Die verschiedenartigen ökonomischen und sozialen Verhältnisse der Völker und Zeiten haben an ihr gehämmert und gemodelt.

Im klassischen Altertum trägt sie andere Züge bei den Griechen und Römern; ja Epoche zu Epoche ihrer Geschichte, wie die der lateinischen Völker weist sie unterscheidende Merkmale auf. Aber in der Mannigfaltigkeit und im Wechsel ihres Wesens erscheint uns ein wirkendes Gesetz; der Entwicklung bestimmend einfließend, den die Gestaltung und Entwicklung des Wirtschaftslebens darauf ausübt. Besonders auffällig zeigt sich das in der Stellung und Würdigung des Weibes in der vaterrechtlichen Ehe. Hand in Hand mit der sozialen Achtung und Knechtung der Arbeit, mit der Ausdehnung der Sklavenarbeit in Griechenland und Rom geht ein Sinken des Ansehens, welches die Ehefrau genießt. Gräulich genug. Je mehr und je ausschließlicher die häusliche Produktion an Sklaven übergeht, je geringer mit dem steigenden Reichtum bei den Freien der Anteil wird, den die Ehefrau selbst an ihr nimmt: um so mehr verliert die Gattin auch die Bedeutung und Achtung, die ihr als Vorsteherin und wichtigster Arbeiterin der Hauswirtschaft gezollt wurde. Sie wird schließlich in der Hauptsache nur noch als Geschlechtsapparat für die Erzeugung legitimer Erben gewertet, sie behält „nur noch ihren Reiz als Geschlecht“ und verliert an allgemein menschlicher Würde. Die Erniedrigung und Unfreiheit des Weibes in der Ehe und Gesellschaft ist von Anfang an aufs engste mit der Erniedrigung und Versklavung der Arbeit verknüpft gewesen. Das tritt in Morgans „Urgesellschaft“ wie in Lipperts „Kulturgeschichte“ — um nur diese beiden Werke herauszugreifen — scharf in Erscheinung.

Die Zeit des Verfalls der antiken Welt offenbart sinnesfällig, daß die Einzelhe an sich nicht eine unerschütterliche, sittliche Potenz ist, welche die geschlechtlichen Beziehungen von Mann und Weib veredelt. Sie vermochte nicht den steigenden Schmutzstrom der ungeheuerlichsten sexuellen Unsitte einzudämmen, geschweige denn zum Versiegen zu bringen; er flutete über die Schwelle des Hauses, die Ehe selbst sank zum Tummelplatz der zügellosesten „Emanzipation des Fleisches“ herab und wurde zerstückt.

Mit dem Eintritt des Christentums und der Germanen in die Geschichte erfährt die Ehe wieder eine Befestigung. Aber wahrlich: weder die „göttliche Natur“ des Christentums und sein „spezifisch sittlicher Gehalt“, noch die vielbesungene „germanische Keuschheit“ waren ausschlaggebend dafür. Das Christentum hat betreffs der Ehe nichts Neues und Vollkommeneres geschaffen, es sanktionierte lediglich als göttliches Gebot und erhob zum Sakrament, was bereits vorhanden war und durch die historischen Verhältnisse bedingt wurde, in denen es sich entfaltete. Es übernahm die vaterrechtliche Monogamie von den Griechen, und es proklamierte sie mit großer Schärfe, weil es sich in seinem Anfang an die Armen wendete, „in deren Bereich die Monogamie immer heimisch gewesen“, denn: „die Armut übt überall die Monogamie — der Not“, erklärt Lippert.

Die Geschichte der Germanen des betreffenden Zeitalters bezeugt das. Bei den Eblen und Reichen finden wir in der Regel die Vielweiberei, die Mehrzahl lebte dagegen in einer losen Paarungsehe, welche der Monogamie sehr nahe kam und schließlich von ihr abgelöst wurde. Die idealisierte „Heilighaltung der Ehe“ und „geschlechtliche Sittenstrenge“ bei den alten Deutschen war also zu einem Teil ein Reflex der Armut, der geringen Entwicklung der Arbeit, zum anderen Teil aber eine Frucht der Achtung, deren sich das Weib in der Familie und Gesellschaft erfreute. Aus mancherlei Tatsachen, welche die Geschichte verzeichnet hat, darf man schließen, daß damals die Zeiten nicht fern zurücklagen, in denen bei den germanischen Stämmen das Mutterrecht durch das Vaterrecht verdrängt worden war. Und daß die Spuren, welche es in der Stellung und dem Ansehen des weiblichen Geschlechtes zurückgelassen hatte, nicht so bald und nicht völlig verblüht wurden, dafür sorgten ganz andere zwingende gesellschaftliche Faktoren, als etwa die „deutsche Gemütsstiefe“. Die damalige Entwicklung und Organisation des wirtschaftlichen und sozialen Lebens wies der Germanin als Arbeitskraft und Gefährtin des Mannes im Kampfe gegen die Natur, bei den Wander- und Heerfahrten usw. eine bedeutende Rolle zu. Die auf dem Wert der Arbeit gegründete Würdigung des Weibes hat aber jederzeit seiner Erniedrigung als Geschlechtswesen und damit auch der Erniedrigung des Mannes durch sexuelle Zügellosigkeit entgegen gewirkt. Die Monogamie setzte sich allmählich bei den Germanen durch, jedoch nicht etwa als „höheres sittliches Prinzip“ oder dank „der tief sittlich veranlagten Natur“ der Rasse. Mit dem Zusammenbruch der Römerherrschaft und der Völkervermischung entwickelten sich vielmehr für die deutschen Stämme soziale Verhältnisse, welche manche wesensverwandte Züge mit denen des alten Griechenland aufwiesen und hier wie da zur Herrschaft der vaterrechtlichen Monogamie führten.

Das Germanentum hat jedoch in diese ein neues und wesentliches Element hineingetragen. Es milderte die

Form der Männerherrschaft in die monogamische Familie und ließ der Frau eine wenigstens äußerlich angesehenere und freiere Stellung, als sie — von Sparta abgesehen — das klassische Altertum gekannt hatte. Zeitlich fällt die fruchtbarere Einwirkung des germanischen Lebens auf die Monogamie ungefähr mit der steigenden Ausbreitung und Herrschaft des Christentums zusammen. Von vielen wird dieses daher als die Macht gefeiert, welche die Sklavenbande des weiblichen Geschlechtes lockerte und es aus der tiefsten Niedrigkeit, in welche es von der verfallenden antiken Welt gestochen worden war, zu höherer Würde emporhob. Aber die Erhöhung und Gleichberechtigung, welche die christliche Religion dem Weibe wie allen sozial Enterbten und Geschickelten brachte, bezog sich auf den inneren Menschen und ließ die soziale Stellung unangetastet. Herren und Sklaven, Männer und Frauen sollten nur vor Gott gleich sein, nicht vor dem Staate, nicht in der Gesellschaft. Das Christentum hielt daher das Weib in der Unterwürdigkeit, die bei den Juden und Griechen auf ihm gelastet hatte, und es heiligte sie als göttliche Sklave. Daß in der vaterrechtlichen Monogamie die antike Sklaverei in der in die mittelalterliche Hörigkeit umgewandelt wurde, darauf hat weit mehr das Mutterrecht der alten Germanen als die Ethik des Christentums entscheidenden Einfluß ausgeübt.

Auf den Respekt des vereinigten Germanen- und Christentums vor der Heiligkeit und Unlösbarkeit der Ehe werfen geschichtliche Tatsachen kennzeichnendes Licht. Nach Laboulaye zum Beispiel hatte unter den Karolingern der Herr das Recht, die hörige Frau gewaltsam von ihrem Gatten zu trennen, wenn für sie nichts gezahlt oder kein Ersatz gestellt worden war. Das Recht ward meistens genützt, nachdem die Frau mehrere Kinder geboren hatte, die zur Hälfte zusammen mit der Mutter in die Dienstbarkeit des Herrn kamen. Die Heiligkeit der Ehe wurde also „von Rechts wegen“ durch die größere Heiligkeit des Eigentums gebrochen. Und alle Durchdringung mit christlichem und germanischem Geiste hat der Monogamie im Mittelalter durchaus nicht die Kraft verliehen, das sexuelle Leben zu zügeln und zu versittlichen. Das bezeugt Burckhardt, der in seiner „Kultur der Renaissance“ konstatiert: „Vor der gewöhnlichen Hurerei scheute sich bekanntlich das Mittelalter überhaupt nicht, bis die Syphilis kam.“

Als der durchgreifendste Ehe reformer ist seither der Protestantismus aufgetreten. Er führte die Umwandlung der Ehe aus einem Sakrament in eine rein weltliche Handlung durch, die wenigstens in der Theorie auf der Freiheit des Vertrags von Mann und Weib beruht. Würdigt man das gesamte historische Milieu, in welchem der Protestantismus die Ehe reformierte durchsetzte, so erscheint diese unstrittig weit „revolutionärer“, als es etwa heutzutage der Übergang von der Zivilehe zu der sogenannten „freien Ehe“ wäre, das heißt zur Ehe als Privatvertrag zwischen Mann und Weib. Tatsächlich trägt auch die protestantische weltliche und lösbare Ehe die freie Ehe im Keim in ihrem Schoß. Von ihr aus führt eine gerade Linie über die Zivilehe hinweg zu der Ehe reform der Zukunft. Das sollten die protestantischen Eiferer für die Vollkommenheit und den ewigen Bestand der heutigen Form der Monogamie bedenken, ehe sie ihren Weiser gegen die Ehe reformer versprechen.

Wenn gläubige Katholiken den Protestantismus der Zerrückung der alten Ehefestigkeit und des Herausbeschwörens von Geistern zeihen, die er nicht zu bannen vermag, so haben sie die kirchliche Logik unstrittig für sich, jedoch keineswegs damit auch die historische Wahrheit. Wie doch immer der Anteil gewesen ist, welcher der Reformation an der Durchführung der größten neuzeitlichen Ehe reform zukommt: im letzten Grunde war sie nur Vollstreckerin gesellschaftlicher Faktoren, die ihr Odem und Tatkraft einhauchten und Ziele setzten. Sie war wohl die Trägerin, aber nicht die treibende Macht der Umwandlung der Ehe zu „einem weltlichen Geschäft“. Die gesellschaftlichen Triebkräfte, denen sie im religiös-ideologischen Fetterschleim diente, sind die nämlichen, die in konsequenter Weiterentwicklung heute am Werke sind, die Verhältnisse und Menschen für die wahrhaft sittliche Ehe der Zukunft umzuschaffen. Mit ihnen und der lichtdurchfluteten Perspektive, die ihr Walten und Weben uns eröffnet, werden wir uns in dem folgenden Schlussartikel beschäftigen.

Kinderarbeit und Kinderschutz.

Die Erwerbsarbeit von Kindern ist eine Erscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsweise, und zwar ihre furchtbarste, denn hier treibt das Kapital nicht nur Raubbau an den Kräften der Gegenwart, es vernichtet auch noch die Hoffnungen der Zukunft. Schon in der hausindustriellen und der Manufakturperiode sehen wir die Kinderarbeit einen ziemlichen Umfang gewinnen, aber erst die Maschine ließ sie sich in ihrer ganzen Furchtbarkeit entfalten. Die Maschine schuf einerseits die Möglichkeit für die vermehrte Anwendung von Kinderarbeit, indem sie Muskelkraft entbehrlich macht, und sie schuf andererseits die Notwendigkeit dazu, indem sie erwachsene Arbeitskräfte verdrängt und mit Hilfe dieser überflüssigen die Löhne der übrigen so weit herabdrückt, daß sie nicht mehr für den Unterhalt einer Familie ausreichen.

Die Schilderungen von Engels über die englischen und von Thun über die niederrheinischen Industrieverhältnisse entrollen entsetzliche Bilder von Kinder ausbeutung. Die Gesetzgebung schritt erst ein, als das Übel zu einer nationalen Gefahr geworden war, und auch da noch sehr zaghaft und ohne den nötigen Nachdruck. 1839 wurde in Preußen die regelmäßige Arbeit von Kindern unter 9 Jahren in einer Reihe von Betrieben verboten, die der über 9 Jahre

alten auf 10 Stunden täglich festgesetzt, Nacht- und Feiertagsarbeit untersagt. Aber sogar diese dürftigen Bestimmungen standen nur auf dem Papier. 1853 kam in Preußen ein neues Gesetz, das die Fabrikarbeit von Kindern unter 12 Jahren verbot und die der 12 bis 14jährigen auf 6 Stunden beschränkte. Auch dieses Gesetz wurde nicht durchgeführt. In dem industriellen Sachsen dachte man erst 1861 an eine gesetzliche Regelung der Kinderarbeit, und zwar sollten Kinder unter 10 Jahren gar nicht, 10 bis 14jährige bis zu 10 Stunden in Fabriken beschäftigt werden dürfen. Die Gewerbeordnung, die 1869 für den Norddeutschen Bund, nach 1871 für die übrigen deutschen Staaten Geltung gewann, blieb betreffs der Kinderarbeit bei den preussischen Bestimmungen von 1853 stehen. Sie verbot noch nicht einmal die Fabrikarbeit von Kindern unter 12 Jahren vollständig, sondern gestattete eine „nicht regelmäßige“ Beschäftigung derselben. Kinder von 12 bis 14 Jahren durften höchstens 6 Stunden ausgebeutet werden; diese Stunden konnten aber nach Belieben über den ganzen Tag verteilt werden (zwischen 5 1/2 Uhr morgens und 8 Uhr abends), was eine Kontrolle unmöglich machte. Die Nichtbeachtung dieser Vorschriften war daher allgemein. — Eine 1874 bis 1875 veranstaltete Enquete enthüllte wieder die unerträglichsten Mißstände, namentlich für das Königreich Sachsen. Dennoch geschah nichts, höchstens daß durch die 1878 erfolgte Einführung einer obligatorischen Fabrikinspektion die Kontrolle ein wenig vermehrt wurde. Erst 1891 entschloß die Regierung sich endlich, die Fabrikarbeit vollschulpflichtiger Kinder gänzlich zu verbieten, die der Schule entlassen bis zum vollendeten 14. Jahre auf 6, die der 14 bis 16jährigen auf 10 Stunden zu beschränken.

Dadurch, daß die Kinderarbeit nur für Fabriken verboten war, fand eine Abwanderung der Kinder in anderen Erwerbszweigen statt, vor allem in die Hausindustrie, wo sie weit schlimmerer Ausbeutung preisgegeben sind. Außerdem wurden nach wie vor zahllose Kinder in der Landwirtschaft, in Werkstätten, Steinbrüchen, Ziegeleien, in Gastwirtschaften, zu Gesinde- und Botendiensten verwendet.

Auf das Drängen der sozialdemokratischen Fraktion und die zahlreichen Klagen aus Lehrervereinen hin entschloß sich die Regierung 1898 dazu, eine Enquete über die Kinderarbeit zu veranstalten. Wieder aber vermied sie, ganze Arbeit zu machen, indem sie die in der Landwirtschaft und im Gesindebeschäftigten Kinder von den Erhebungen ausschloß. Die Enquete ergab 532 283 erwerbstätige Kinder. Diese Zahl bleibt noch hinter der Wirklichkeit zurück, da längst nicht alle Bezirke von der Enquete erfaßt wurden sind. Dennoch ergab sich, daß von allen vollschulpflichtigen Kindern im Reichsdurchschnitt 6 Prozent, in Berlin 18 Prozent, in Sachsen 22 Prozent, in Koburg-Gotha sogar bis zu 86 Prozent erwerbstätig waren.

Was für schwere gesundheitliche Schädigungen die Kinderarbeit im Gefolge hat, zeigte die Enquete deutlich genug. Es waren zahlreiche Kinder in gesundheitsschädlichen Betrieben, teilweise in zu frühem Alter oder auch zu ungeeigneter Tageszeit tätig. Die Arbeitsdauer überstieg oft jedes einigermassen noch zulässige Maß, und häufig fand die Arbeit in Räumen statt, die jeder Hygiene spotteten. Den unheilvollen Folgen für Körperentwicklung und Gesundheit schließen sich auch sittliche Gefahren an. Zu früh werden die Kinder ins Leben hinausgestoßen; schlechtes Beispiel und die verschiedenartigsten Versuchungen wirken auf sie ein. Ehe sie noch die nötige Reife besitzen, sind sie selbständig und der elterlichen Autorität entrückt. So darf uns die Verwahrlosung und hohe Kriminalität der schon als Kinder Erwerbstätigen nicht verwundern. Auch in der geistigen Entwicklung und der Schulbildung müssen die arbeitenden Kinder notwendig zurückbleiben. Ihr Schulbesuch ist unregelmäßig, während der Schulstunden mangelt die Aufmerksamkeit, und die häuslichen Arbeiten werden gar nicht oder wenigstens nur ungenügend gemacht.

Und gegenüber all dem Elend wagten es Regierungsvertreter und bürgerliche Abgeordnete noch, vom erzieherischen Werte der Kinderarbeit zu sprechen! Mit Recht rief ihnen der Genosse Burm im Reichstag (23. April 1902) zu: „Ist die Kinderarbeit gesund und wirkt sie erzieherisch, warum schicken nicht auch die wohlhabenden Kreise dann ihre Kinder in die Fabriken und Werkstätten?“

Etwas ernster zu nehmen ist der Einwand, daß zahlreiche Familien wirtschaftlich auf die Mitarbeit ihrer Kinder angewiesen sind, wie armselig auch immer die gezahlten „Löhne“ sein mögen. So wird mitgeteilt, daß Kinder von 8 Jahren an in der Tabakindustrie bei täglich 4 bis 6 Stunden 60 bis 75 Pf. pro Woche, das sind zirkel 2 Pf. pro Stunde, verdienen. In der erzgebirgischen Spielwarenindustrie werden von Erwachsenen wie von Kindern Stunden „verdienste“ von 1 bis 6 Pf. erzielt. Das ist eben das Furchtbare, daß unter den heutigen Verhältnissen für zahlreiche Familien selbst solche Verdienste überhaupt noch ein Gewicht fallen! Daß sie gegenüber der ungeheuren Schädigung der Volkskraft durch die Kinderarbeit weniger als nichts bedeuten, das muß ja jedem Einsichtigen klar werden.

Sogar der Reichsregierung dämmerte eine Ahnung davon auf, und so wurde das Kinderschutzgesetz vom 30. März 1903 ins Leben gerufen. Was bringt uns dieses Gesetz?

1. Es verschließt allen Kindern bis zur Beendigung der Schulpflicht etwa 60 Arten von gesundheitsschädlichen Betrieben. (So Ziegeleien, Steinbrüche, Kalkbrennereien, Glasindustrie, Spiegelbelegereien, Bleiwarenindustrie, Gerbereien und andere mehr.)

- 2. Es verschafft allen Kindern Zeit zur Nachtruhe (von 8 Uhr abends bis 8 Uhr früh).
- 3. Es gibt ihnen den Sonntag wieder oder beschränkt die Arbeit (bei Botendiensten) auf höchstens 2 Stunden vor 1 Uhr nachmittags.
- 4. Es entfernt alle Kinder aus Zingeltangeln, Varietés und ähnlichen Schaustellungen.
- 5. Es läßt die Arbeit bei fremden Arbeitgebern erst vom 12. Jahre ab zu und beschränkt sie auf drei (in den Ferien vier) Stunden unter Ausschluß der Zeit vor dem Vormittagsunterricht und unter Sicherung einer zweifünftägigen Mittagspause und einer Freistunde nach dem Nachmittagsunterricht. Die Arbeitsurlaubnis ist an die Lösung einer Arbeitskarte geknüpft.
- 6. Dagegen erlaubt es die Arbeit eigener Kinder schon vom 10. Jahre an, wenn sie im Betrieb der Angehörigen, vom 12. Jahre, wenn sie daheim für Dritte beschäftigt werden, und zwar ohne jede Abgrenzung der Dauer. Nur die Bestimmungen über Nachtarbeit, Mittagspause und das Verbot der Arbeit vor dem Vormittagsunterricht haben auch hier Geltung.
- 7. Das Gesetz untersagt allen Mädchen das Bedienen der Gäste in Gast- und Schankwirtschaften (mit Ausnahme kleiner Eigenbetriebe in Orten unter 20000 Einwohnern); Knabenarbeit ist hier vom 12. Jahre ab zugelassen.
- 8. Es unterstellt alle gewerblich arbeitenden Kinder der Gewerbeaufsicht.

Das Gesetz weist drei empfindliche Lücken auf:
 1. Es schließt die in Landwirtschaft und Gefindedienst beschäftigten Kinder nicht mit ein; 2. es gewährt den eigenen Kindern (und der Begriff ist sehr weit gefaßt: Stiefkinder, Geschwister, Nissen und Nichten, ja sogar Zwangserziehungsjünger gehören mit dazu) nur einen sehr ungenügenden Schutz, und 3. es macht sich durch seinen § 14, in dem es dem Bundesrat ein weitgehendes Ausnahmerecht zubilligt, zum Teil wieder illusorisch. Der Bundesrat kann Ausnahmen von dem Verbot der Beschäftigung von eigenen Kindern unter 10 Jahren zulassen, sofern die Kinder mit besonders leichten und ihrem Alter angemessenen Arbeiten beschäftigt werden. Das sind Kautschubestimmungen, wie die vom Bundesrat bereits bewilligten Ausnahmen bestätigen.

Immerhin ist anzuerkennen, daß das Gesetz einen Schritt vorwärts bedeutet. Es bricht mit dem Prinzip, daß der Gesetzgeber vor der Familie Halt machen müsse, und bahnt so einer späteren Heimarbeitererschutzgesetzgebung den Weg. Und es rüttelt die öffentliche Meinung auf und schärft den Eltern das Gewissen. Es macht ihnen klar, daß der Elternberuf ihnen nicht so sehr Rechte gibt, als vielmehr Pflichten auferlegt. Es legt dar, daß Kinder nicht den Eltern gehören, sondern der Gesellschaft.

Aus dem Kinderchutzgesetz erwächst auch ein sozialdemokratischer Frauen eine wichtige Aufgabe. Jeder aufgeklärte Arbeiter, jede denkende Arbeiterin muß es als ein Verbrechen betrachten, ihre Kinder zur Erwerbsarbeit zu verurteilen, wenn nicht die bitterste Not dazu zwingt. Und die Genossen und Genossinnen haben auch in ihrer Umgebung in dieser Beziehung erzieherisch und aufklärend zu wirken.

Freilich, eins dürfen wir nicht außer acht lassen: die Kinderarbeit ist nicht hervorgerufen durch die Gewinn gier hartherziger Eltern, sie ist vielmehr die Folge der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, eine Folge der heutigen Hungerlöhne, die dem Erwachsenen gezahlt werden. Unter den heutigen Verhältnissen ist auch das idealste Kinderchutzgesetz nur ein Pflaster auf einer eiternden Wunde. Die Kinderarbeit ist eine Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsweise und wird nur mit dieser gänzlich verschwinden.

Erst wenn jedem Menschen eine menschenwürdige Existenz von der Gesellschaft gewährleistet wird, ist der Kinderausbeutung wirklich der Boden entzogen. Was nützt es, die Kinderarbeit zu verbieten, ohne zugleich die Quelle zu verstopfen, aus der sie fließt, ohne dafür zu sorgen, daß die Eltern auch ohne den Erwerb der Kinder ihre Familie gesundheitsgemäß ernähren, beherbergen und kleiden zu können?

Wenn die Erwachsenen nicht mehr so endlose Arbeitszeiten haben wie heute, ist eine vernünftige Pflege und Erziehung des heranwachsenden Geschlechtes denkbar. Es ist nicht zum wenigsten aus diesem Grund, daß wir am 1. Mai vor allem den Achtstundentag fordern: der Arbeiter, die Arbeiterin sollen wenigstens einige Stunden täglich ihrer Familie, ihren Kindern wiedergegeben werden. Was nützt es, die Kinderarbeit zu verbieten, wenn man nicht zugleich dafür sorgt, daß die Kinder daheim Überwachung und Sorgfalt genießen, wenn man zugleich erlaubt, daß die Mutter elf Stunden und der Vater noch länger in der Fabrik arbeitet? Die armselige Halbheit, zu der jede bürgerliche Sozialreform verdammt ist, wird uns hier wieder einmal eindringlich vor Augen geführt. Darum muß jede Mutter, die ihre Kinder lieb hat, nach Bebel's Wort zu einer Todfeindin der bestehenden Gesellschaftsordnung werden, solange ein Atemzug in ihr ist. Räte Dunder.

Der Kampf um die Rente.

Von E. G.

(Fortsetzung.)

Inzwischen mußte sich Weber notgedrungen mit der verkürzten Rente von 66 2/3 Prozent von 813,94 Mk. gleich 542,24 Mk. pro Jahr oder 45,20 Mk. pro Monat begnügen, da die Berufsgenossenschaft dem Urteil des Schiedsgerichts noch nicht entsprochen hatte, den Jahresverdienst von 1356 Mk. der Rente zugrunde zu legen. Es bedurfte erst mehrerer Mahnungen, bis endlich die Berufsgenossenschaft sich dazu

herbeiließ, diesen Betrag anzuerkennen und die Rente von 45,20 Mk. pro Monat auf 50,25 Mk. zu erhöhen.

Die „Wartezeit“ auf das erhoffte Urteil des Schiedsgerichtes wurde für den Verletzten dadurch „verkürzt“, daß er von der Berufsgenossenschaft wieder eine Mitteilung bekam, sich abermals ihrem Vertrauensarzt vorzustellen. Wieder humpelte Weber zu diesem Arzte, der für die Klagen des Verletzten nur ein viel sagendes Lächeln hatte. Daß die Schmerzen im Innern in der letzten Zeit stärker geworden seien, wollte der Arzt absolut nicht glauben. Ein Heilverfahren wäre am allerzweckmäßigsten, meinte der strenge Herr zum Schlusse seiner Untersuchung. Hartmann, davon unterrichtet, meinte, daß nun wohl bald ein Schreiben von der Berufsgenossenschaft eintreffen werde, wonach Weber sich in die bekannte Medico-mechanische Heilanstalt zu W. begeben müsse, in welcher die steifen Knochen auf „elektrischem Wege“ wieder gelenkig gemacht werden sollten. Während dieser Pflegezeit werde der Familie wieder die frühere Familienrente gewährt.

Das Schreiben kam. Vergeblich bemühte sich nun Hartmann, einen Arzt aufzutreiben, der den Verletzten vor seinem Eintritt in die Anstalt gründlich untersucht hätte, um dann den eventuellen „Erfolg“ der Kur besser beurteilen zu können. Die Aufregung und der Ärger übten auf den Gemütszustand wie auf das körperliche Befinden Webers eine schlimme Wirkung aus. Mehrere Tage mußte er wieder das Bett hüten, und mit forgnvoller Miene packte Mutter Weber die Habseligkeiten ihres Mannes zusammen. Wie schwer wurde dem armen Krüppel der Abschied von dem Heime, und nur die Trostesworte Hartmanns richteten ihn einigermaßen auf, daß die Kur sicher nur zwei bis drei Wochen andauern würde.

Webers Briefe aus der „vielgerühmten“ Anstalt lauteten nicht günstig, und Hartmann ersah daraus, daß der besorgte Familienvater sicher noch vieles verschwiege, um die Seinen nicht noch mehr zu ängstigen. Auf die direkte Anfrage Hartmanns erhielt er denn auch die Antwort, daß man den armen Verletzten in der Anstalt als Simulanten betrachte, von früh bis abends an den Apparaten quäle, ohne auf seine Schmerzen und Beschwerden Rücksicht zu nehmen. Nur dem wiederholten Zureden Hartmanns war es zu verdanken, daß Weber nicht vorzeitig die Kur unterbrach und seine Familie dadurch schädigte.

Nach sechs langen und bangen Wochen kam endlich für die Familie Weber die erlösende Postkarte, daß der Vater am folgenden Tage aus der Anstalt entlassen werde. Freudig wurde er am Bahnhof abgeholt. Frau Weber bemerkte aber mit Schrecken, welche Veränderung in dem Zustand ihres Mannes vorgegangen war. Dem Zug entstieg ein Schwererkrankter, der Übermüdung vorschmeckte, um sich gleich zu Bett bringen zu lassen. Daß ein Arzt jetzt dringend nötig war, konstatierte Hartmann, als er den Freund abends besuchte. Wer die Kosten für Arzt und Medikamente wohl zahlen würde, meinte Frau Weber, als der Arzt nach beendigter Untersuchung des Kranken die Wohnung wieder verlassen hatte. Tröstend erklärte ihr Hartmann, daß er den Arzt bei seinem nächsten Besuch fragen werde, ob er in einem Gutachten feststellen wolle, daß eine Verschlimmerung der Unfallfolgen eingetreten sei, um dies ordnungsgemäß der Berufsgenossenschaft melden zu können. Die Berufsgenossenschaft müsse dann die Arztkosten usw. übernehmen und die Vollrente zahlen. Der liebenswürdige Arzt, der sich wohl die größte Mühe gab, dem Erkrankten Linderung seiner unfähigen Schmerzen zu verschaffen, „bedauerte“ jedoch, daß gewünschte Gutachten nicht ausstellen zu können, weil ihm die „Unfallakten unbekannt seien“.

Hartmann mußte deshalb das Schreiben mit der Meldung der Neuerkrankung des Verletzten an die Berufsgenossenschaft ohne ärztliches Attest abgehen lassen und konnte nur darum bitten, doch den behandelnden Arzt zu befragen.

(Schluß folgt.)

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Für den Deutschen Textilarbeiterverband unternahm die Unterzeichnete eine Agitationstour durch das Königreich Sachsen. Den organisierten Textilindustriellen bereitete diese Agitation wenig Freude; sie machten ihrem Ärger darüber in ihrem Organ Luft. Dem Textilarbeiterverband aber gereichte sie zu großem Nutzen. Sie trug den Gedanken der Organisation in die entlegensten Winkel Sachsens. Versammlungen tagten in Grimmitzschau-Frankenhäusen, Grimmitzschau-Geblenz, Werdau, Rochlitz, Meerane, Leipzig, Leipzig-Gautsch, Leipzig-Alt-Zschoner, Leipzig-Mockau, Falkenstein, Auerbach, Treuen, Plauen, Pausa, Elsterberg, Mylau, Mühltrösch, Callenberg-Lichtenstein, Freiberg, Oberan, Frankenberg, Furthardttsdorf, Thalheim, Geyer, Röhrsdorf, Alchemnitz, Chemnitz, Dschay, Gößnitz, Kirchberg, Oberhermersdorf, Penig, Zwidau, Leisnig, Chemnitz-Altendorf, Lunzenau und Pönitz. Die beiden Themat, welche behandelt wurden, lauteten: 1. „Zweck und Nutzen der Arbeiterorganisation und die Ziele und Bestrebungen der Unternehmerverbände“; 2. „Die niedrigen Löhne in der Textilindustrie und ihre Wirkungen auf das Familienleben“. Alle Versammlungen waren gut besucht, und oft erwiesen sich die Räumlichkeiten als zu klein, die zuströmenden Arbeiter und Arbeiterinnen aufzunehmen. Überall wurden dem Verband neue Mitglieder gewonnen. In Leipzig kämpften zur Zeit der Versammlung 1900 bis 1400 Textilarbeiter und Arbeiterinnen um den Zehnjahrentag und 10 Prozent Lohnzuschlag. Die Unternehmer spielten alle Trümpe aus, die sie gegen die Proletarier in der Hand haben. Sie entzogen zum Beispiel den Arbeitern die Benützung der Kinderbewahranstalt und der

Gärten, und die Fabrikwohnungen mußten geräumt werden. Trotzdem errangen die Kämpfenden dank treuem Zusammenhalten einen teilweisen Erfolg. In Werdau und Kirchberg wurde darüber geklagt, daß oft die Meister nicht unterlassen, in gehässiger, geschmackloser, ja verleumderrischer Weise gegen die Arbeiter und ihre Organisation vorzugehen. In allen Versammlungen kamen die traurigsten Arbeitsverhältnisse zur Sprache. Die Ausbeutung steigt und steigt. Das Einstuhlsystem ist längst verschwunden. Der Arbeiter, die Arbeiterin müssen heute 2 bis 3 Webstühle oder 2 bis 3 Krempelmaschinen bedienen. Die Löhne für die hegende Arbeit schwanken für Männer zwischen 5 und 22 Mk. pro Woche, für Frauen zwischen 3 und 18 Mk. sind aber für die Arbeiterin ebenso selten wie 22 Mk. für den Arbeiter. Und trotz all der schreienden Ungerechtigkeiten, trotz ihrer Lage gibt es noch Tausende von Textilproletariern und -proletarierinnen, welche die Bedeutung der Organisation nicht einsehen. Diese Stumpfsinnigen und Gleichgültigen wachzurütteln und zu tüchtigen Kämpfern für unsere Sache heranzubilden, ist die Pflicht aller, die Klassenbewußt für die Befreiung des Proletariats arbeiten und kämpfen.

Marie Backwih.

Die weitere Ausbreitung der gewerkschaftlichen und politischen Organisation sollten die im April veranstalteten Versammlungen fördern, in denen die Unterzeichnete sprach. In Weinböhla, Dresden, Sittersee und Dippoldiswalde wendete sich die Agitation an die Fabrikarbeiter, Konditoren, Porzellanarbeiter und Hutmacher. In den Versammlungen standen gewerkschaftliche Themen zur Verhandlung. — In Grimmitzschau fand eine stark besuchte Frauerversammlung statt, wo nach dem Referat: „Der Frauenkampf um ihre Menschenrechte“ zwei weibliche Vertrauenspersonen mit gleichen Rechten gewählt wurden, um in den Arbeiterinnentreffen für unsere Bewegung zu wirken. — Versammlungen für die Porzellanarbeiter fanden im bayerischen Agitationsbezirk statt, und zwar in Schönwald, Selb, Rehau, Moschendorf, Oberhofau und Schwarzenbach. Das Thema lautete in allen Versammlungen: „Der Kampf der Arbeiter um Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage“. Leider scheinen die Porzelliner ihre traurige Lage noch gar nicht recht zu begreifen, denn sie stehen ihrem Verband noch ziemlich gleichgültig gegenüber, auch die Versammlungen hätten weit besser besucht sein sollen. — In Hof und Rehau gelang es mir, die Frauen zu einer Besprechung zusammenzubringen, an der auch die tätigen Genossen teilnahmen. Das Ergebnis war, daß für beide Orte weibliche Vertrauenspersonen gewählt wurden, die für unsere Sache unermüdet tätig sein werden. In Hof wurden gleichzeitig 50 Abonnenten für die „Gleichheit“ gewonnen. — Am 1. Mai sprach die Unterzeichnete nachmittags in Schweikershain über: „Die Arbeiterkämpfe und der 1. Mai“ und abends in Burgstädt. Die Arbeiter-schaft in Schweikershain hat so recht Gelegenheit, die Brutalität der Arbeitgeber zu beobachten, denn seit neun Wochen sind die dortigen Stuhlbauer ausgeperrt, weil ihre Kollegen im benachbarten Seringswalde eine minimale Lohnforderung gestellt haben. An der Versammlung beteiligten sich erfreulicherweise recht viele Frauen. Es geht vorwärts! B. Kähler.

Am ersten Osterfeiertag fand in Ellich a. Harz eine sehr gut besuchte Frauerversammlung statt, in welcher Genossin Lungwih-Dresden über: „Unsere Waffen im Klassenkampf“ sprach. Die Genossinnen beschlossen, Diskussionsabende einzuführen, und versprachen, sich eifriger als bisher an allen Arbeiten auf politischem wie auf gewerkschaftlichem Gebiet zu beteiligen. Am folgenden Tage hielt Genossin Lungwih in Jorze a. Harz die Festrede auf einem Familienfest, welches die Genossen des ersten braunschweigischen Wahlkreises veranstaltet hatten. Noch nie hatte ein Fest die gleich große Beteiligung aufzuweisen, der große Saal reichte bei weitem nicht aus, und die männlichen Besucher mußten sich mit einem Stehplatz begnügen. In Braunschweig dürfen Frauen an politischen Versammlungen nicht teilnehmen. Fürsorglich hatte daher die Behörde den Veranstalter des Festes darauf aufmerksam gemacht, daß sofort die Auflösung erfolgen würde, wenn die Festrede einen politischen Charakter annehme, und der überwachende Beamte wies die Vortragende noch besonders auf die Konsequenzen eines solchen „Verbrechens“ hin. Mit großer Aufmerksamkeit lauschten die Anwesenden den Ausführungen, ganz besonders die Frauen, die zum erstenmal etwas von den sozialistischen Bestrebungen erfuhren. Als die Rednerin geendet, überhäuften viele Frauen sie mit Fragen und versicherten ihr, in Zukunft gemeinsam mit ihren männlichen Klassengenossen für gleiches Recht kämpfen zu wollen. Der „Gleichheit“ wurden neue Leserinnen gewonnen. B. L.

In Kalk bei Köln a. Rh. referierte Genosse Ertes in einer Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereines der Humboldt-Kolonie über: „Frauenfrage und Sozialismus“. Seine Ausführungen schlossen mit dem Nachweis, daß die Proletarierinnen mutige und opferfreudige Kampfgefährtinnen der Männer ihrer Klasse sein müßten. Das Referat wurde von den zahlreich anwesenden Frauen dankbar entgegengenommen; am Schlusse der Versammlung meldeten sich einige neue Leserinnen für die „Gleichheit“. Frau Bacher.

Eine Frauerversammlung tagte Mitte April in Löttau. Genossin Backwih behandelte das Thema: „Die Heimarbeitsausstellung in Berlin“. Ihre Ausführungen, die einen anschaulichen Einblick in das traffe Glend der Heimarbeiter-schaft eröffneten, ernteten vielen Beifall. In der Debatte sprachen einige Genossinnen im Sinne des Referats. Martha Träger.

Von den Organisationen. Mitte Mai wurde in Braunschweig ein Bildungsverein für Frauen und

Mädchen der Arbeiterklasse gegründet, dem sofort eine erfreulich große Zahl von Genossinnen beitraten. Jede von ihnen brachte die Einsicht mit, daß der Zusammenschluß und die Aufklärung und Schulung aller Proletarierinnen eine unbedingte Notwendigkeit ist, jede von ihnen wird stets mit ganzem Herzen für ihre Überzeugung kämpfen. In keinem anderen Bundesstaat ist die Aufklärungsarbeit so dringend notwendig, als gerade in Braunschweig, wo man der Frau jedes öffentliche Vereins- und Versammlungsrecht vorenthält, wo man die Arbeiterin insbesondere für minderen Rechts erklärt als die Damen, sie dafür aber 15 bis 18 stündigen Erwerbsarbeitsstunden im öffentlichen Wirtschaftsleben und allen seinen Fährlichkeiten überläßt. Hoffentlich wird den neuen Kämpferinnen ihre mühevollen Arbeit durch gute Erfolge gelohnt. Emma Lippmann.

Jahresbericht der Vertrauensperson des Wahlkreises Essen. Die proletarische Frauenbewegung im Wahlkreis Essen gewinnt immer mehr an Boden. Neben der Wahlarbeit der Genossinnen haben der Bergarbeiterstreik und die Reichstagsnachwahl ihr gut Teil zur Ausdehnung und Vertiefung der Bewegung beigetragen, wenn auch die letztere verhinderte, daß im vergangenen Jahre öffentliche Frauenversammlungen in größerer Zahl stattfanden. Sofort nach dem großen Bergarbeiterstreik berief die Partei fünf Versammlungen ein, in denen Genossin Zieh über das Thema: „Nach dem Streik“ referierte. Bei der Reichstagsnachwahl haben die Genossinnen nach Kräften mitgearbeitet. Sie verteilten Flugblätter und Stimmzettel und setzten allein für 120 Mk. Wahlsondmarken um. Von günstigstem Einfluß auf unsere Bewegung waren die Versammlungen, welche die Genossinnen Zieh, Zetkin und Luxemburg während der Nachwahl im Wahlkreis abhielten. Sie haben wieder Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen die Augen über ihre Klassensituation geöffnet. Als Delegierte zum Parteitag in Jena entsandte die Partei Genossin Plum. Im Februar d. J. vermehrte Genossin Zieh durch mehrere prächtige Referate die Zahl unserer Anhängerinnen ganz bedeutend, ebenso die der Referentinnen der „Gleichheit“. Wir haben einschließlich Essen-West, in welchem Genossin Plum seit vorigem Jahre als Vertrauensperson die Agitation unter den Frauen betreibt, jetzt circa 750 Abonentinnen, davon entfallen auf Essen allein 600. Die Klassenverhältnisse sind ebenfalls recht befriedigend. Die Einnahmen betragen im ganzen 845,70 Mk., Ausgaben 703,21 Mk. Dem Essener Pressfonds wurden 50 Mk. und dem Agitationsfonds der Genossinnen 25 Mk. überwiesen, eine bedürftige Genossin erhielt 10 Mk. Mit Genugtuung und Freude können wir auf das vergangene Jahr zurückblicken. Arbeiten wir in der gleichen treuen Weise weiter, damit wir im nächsten Jahre noch größere Fortschritte melden können. Wilhelmine Deuper.

Politische Rundschau.

Der reaktionäre Mehrheitsblock des Reichstags hat eine neue Volkspflünderung im großen Maßstab beschlossen: die sogenannte Reichsfinanzreform.

Anstatt dem chronischen Defizit des Reiches durch Abstriche an den übertriebenen Ausgaben für Heer und Marine ein Ende zu machen, sucht die Reichsregierung ständig die Ausgaben für diese unproduktiven Zwecke zu erhöhen und hat dazu auch die bereitwillige Zustimmung des Reichstags gefunden. Nunmehr hieß es natürlich: Schafft Geld! Die Vorlage der Regierung plante durch allerhand indirekte Steuern eine Summe von etwa 230 Millionen Mark zusammenzuschaffen, um das Loch im Reichsfädel zu stopfen und für Heer und Marine noch etliche Mehrausgaben durchzuführen zu können. Der Reichsschatzsekretär, Herr v. Stengel, hatte teils weinerlich, teils feierlich erklärt: Abhandeln lasse sich die Regierung nichts, nur Verschiebungen im einzelnen könnten allenfalls zugestanden werden. Dann wurden die Stengel-Pläne im Reichstag zerpflückt, in der Steuerkommission gesteckt und für eine Anzahl abgelehnter Entwürfe des Herrn v. Stengel, wie die Tabaksteuererhöhung, häßelten die Steuerfucher des Zentrums und der Nationalliberalen allerhand neue, womöglich noch absurdere und volkschädlichere Entwürfe zusammen, wie die Ansichtspostkartensteuer, die zuerst angenommen, dann aber wegen gänglicher Unbrauchbarkeit schon in der Kommission eingefahrt wurde.

Der Standpunkt unserer Partei allen diesen Plänen gegenüber war der, daß wir im Prinzip die Berechtigung zu einer Abgabenvermehrung überhaupt bestritten, aber die Regierung und Mehrheit darauf verwiesen, wenn sie wirklich eine Finanzreform (nicht bloß eine Einnahmeerhöhung) wollten, so müßten sie mit dem System der indirekten Reichsteuern brechen und zu dem System der direkten Besteuerung, vor allem durch Einführung einer Reichseinkommensteuer übergehen. Dafür waren aber die reaktionären Parteien samt der Regierung nicht zu haben. Es blieb bei der indirekten Besteuerung, die aus den Verbrauchsartikeln des Volkes wie aus den Verkehrsmitteln Einnahmen zu schaffen strebt unter schwerer Schädigung der breiten Massen des Volkes und der Beeinträchtigung von Handel und Industrie. Nur zwei der vorgeschlagenen Steuern konnten die Zustimmung der Sozialdemokraten finden: die Erbschaftsteuer und die Lantiensteuer, weil beide direkte Steuern sind und die Wohlhabenden treffen, nicht die Armen. Die Lantiensteuer, die von den Lantien der Aufsichtsräte von Aktiengesellschaften eine Abgabe erhebt, fand unsere Zustimmung, nachdem unsere Forderung, eine allgemeine Erhöhung der Erbschaftsteuer, die umfassender gewirkt haben würde, von der Mehrheit abgelehnt worden war. Die Zustimmung zu bestimmten Steuern in der Einzelberatung hielt die sozialdemokratische Fraktion natürlich nicht ab, in der Schlussabstimmung gegen die gesamte Finanzreform zu stimmen, da

wir weder mit den Zwecken der Lastenvermehrung, noch auch mit der Mehrzahl der Einzelsteuern einverstanden sind.

Insgesamt hat der Reichstag nunmehr die Reichseinnahmen um rund 180 Millionen Mark erhöht, zwar nicht so viel, wie die Regierung gefordert hatte, aber doch eine unverantwortlich hohe Summe, deren schwerster Nachteil darin besteht, daß die Steuern auf mangelhaft vorbereiteter Grundlage schädlich in die Volkswirtschaft eingreifen. Durch die Brausteuerverhöhung werden die Bierkonsumenten mehr belastet werden, denn die Behauptung der Steuerpatrioten, daß die Brauer die Kosten tragen würden, hat sich jetzt schon als windig erwiesen, da die Großbrauer die Erhöhung der Bierpreise beschloffen haben. Noch nachteiliger muß die Zigarettensteuer wirken, da sie eine große Anzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen aus der Arbeit zu bringen droht wegen des voraussichtlichen Rückganges im Verbrauch der billigen Zigarettenforten. Die Automobilsteuer trifft zwar zunächst nur wohlhabende Leute, muß aber schädigend einwirken auf die Entwicklung des Automobilwesens, das dazu berufen ist, in einer nicht zu ferneren Zukunft die Straßenbahnen und sogar Eisenbahnen in hohem Grade zu ersetzen. Außerdem bringt diese Steuer verhältnismäßig wenig ein, knapp 3 Millionen Mark.

Allerhand Stempel- und Quittungsabgaben erschweren Handel und Verkehr. Ungeheuerlich ist aber geradezu die Fahrkartensteuer, die tatsächlich weiter nichts ist, als eine Erhöhung der Fahrpreise für Eisenbahnen und Dampfschiffe um jährlich rund 35 Millionen Mark. Die 4. Klasse ist zwar von der Fahrkartensteuer ausgenommen. Dafür wird aber die 3. Klasse getroffen, nicht nur die 2. und 1. Klasse. Viele Arbeiter, besonders Frauen, dann aber auch der Mittelstand, sind genötigt, auf längeren Strecken, wenn sie schnell fahren wollen, die 3. Klasse zu benutzen. Geschäftsreisende werden besonders unter der Verteuerung zu leiden haben. Alle Erwägungen der Vernunft hielten jedoch die reaktionäre Mehrheit nicht ab, dieser volkschädlichen Steuer ihre Zustimmung zu geben. Der national-liberale Herr Büsing beging die Geschmackslosigkeit, eine patriotische Kriegerversäufelung zur Verherrlichung der fiskalischen Verkehrsfeindschaft zu halten, und auch der preussische Finanzminister Herr v. Rheinbaben brachte es fertig, pathetisch auf der Brust zu trommeln mit der Versicherung, das „Gewissen“ gebiete der Regierung, den Verkehr in so sinnloser Weise zu belasten.

Um das Maß voll zu machen, nahm dann noch die Mehrheit unter Zustimmung der Regierung eine Resolution an, in der die Aufhebung des Ortsporto von 5 Pf. für Briefe und 2 Pf. für Postkarten gefordert wird. Befürwortet wurde diese vom Haß gegen die Städte eingegebene Maßregel hauptsächlich von einem Vertreter der Nationalliberalen Partei, dem weinerlichen Herrn Pagig.

Die Aufgabe der Sozialdemokratie wird es nunmehr sein, auch diesen neuesten Streich der Reaktion zur Aufklärung des Volkes auszunutzen. G. L.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Während der Osterzeit und kurz darauf fanden zahlreiche Generalversammlungen von Gewerkschaften statt, die ohne Unterschied einen rüstigen Fortschritt des gewerkschaftlichen Lebens bezeugten. In dieser Zeit des Ausperrungsfebers der Unternehmer muß es jeden Arbeiter mit großer Genugtuung und froher Zuversicht erfüllen, daß die Mitgliederzahl der Zentralverbände rapid gewachsen ist.

Es tagten: die Glaser, Sattler, Vergolder, Stukkateure, das technische Bühnenpersonal, die Textilarbeiter, Handelshilfsarbeiter, Gastwirtsgehilfen und Wäscharbeiter. Die Vergolder, die auch mit viel Frauenarbeit zu rechnen haben, vollzogen ihren Anschluß an den Holzarbeiterverband. Die Glaser lehnten den Anschluß ab, obgleich unter ihnen ziemlich viel Stimmung dafür vorhanden zu sein scheint. Die Stukkateure erklärten sich gegen ihren Anschluß an den Maurerverband.

Unsere Leserinnen dürften jedoch vor allem die Verhandlungen der Verbände interessieren, für welche die Frauenarbeit und damit die Organisierung der Arbeiterinnen eine große Rolle spielt. Wir berichten über sie daher eingehender, mit Ausnahme der Generalversammlung des Textilarbeiterverbandes, die schon in Nr. 10 behandelt worden ist.

Die Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen, die in Berlin tagten, beschäftigten sich vorwiegend mit sozialpolitischen Fragen, mit Forderungen auf Ausdehnung des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung. Außer zwei Berliner Arbeiterssekretären und dem Vorsitzenden der Generalkommission waren die Genossen Pfannkuch und Mollenbuhrt bei den Verhandlungen anwesend, letzterer ein unbestrittener Sachkenner auf sozialpolitischem Gebiete. Über die Arbeitsverhältnisse der Hilfsarbeiter und ihre Forderungen hielt der Vorsitzende des Verbandes ein Referat, in dem er durch reichliches Zahlen- und Tatsachenmaterial die unendlich vielen Mißstände im Gewerbe nachwies. Der Beirat für Arbeiterstatistik wurde anlässlich einer Beratung über die Verhältnisse des Handelspersonals auf die Verhältnisse des Hilfspersonals aufmerksam gemacht. In der Folge versuchte er, durch Umfrage bei 19 Verbandsfilialen und 12 Lokalvereinen ein Bild von den Arbeitsverhältnissen der Handelshilfsarbeiter zu gewinnen. Dabei wurden Tatsachen zutage gefördert, welche für die Durchführung der sozialen Gesetzgebung und ihre Mängel recht belastend sind. So wird über vielfache Übertretungen der Sonntagsruhe gellagt. Hinter verschlossenen Türen und verhangenen Fenstern muß das Personal arbeiten, und die Polizei schreitet erst dann dagegen ein, wenn

der Beschwerdeführer eine Verletzung seines religiösen Gefühls heuchelt. Auch eine regelmäßig wiederkehrende übermäßige Verlängerung der Arbeitszeit wurde konstatiert. Die Saison in der Konfektionsbranche dauert oft ein halbes Jahr, und die tägliche Arbeitszeit des Handelshilfspersonals beträgt dann durchschnittlich 14 1/2 Stunden, manchen Tag jedoch bis zu 18 Stunden. Die Hausdiener haben unter einer Verlängerung der Arbeitszeit dadurch zu leiden, daß die Expedition der Postpakete in die späte Abendstunde verlegt wird. Auf den Postämtern entsteht in der Folge kurz vor Postschluß ein starker Andrang, und die Abfertigung zieht sich oft bis 9 Uhr abends hin. Von den vielen deutschen Städten haben erst 130 den Aukturladenschluß eingeführt. Ferner ist die Unfallversicherung nicht auf alle Handelsbetriebe ausgedehnt, bisher sind nur die Betriebe versicherungspflichtig, die im Handelsregister eingetragen sind. Die sehr ausgedehnte Debatte förderte zu den beregten Mißständen ein überreiches Material zutage. Die wichtigsten Forderungen der Generalversammlung an die Gesetzgebung sind: neunstündige gesetzliche Arbeitszeit, Aukturladen- und Sechsuhrpostschalterchluß, vollständige Sonntagsruhe, Ausdehnung der Unfallversicherung auf alle Handelsgestellten, Verbot von Kost und Logis beim Arbeitgeber, Anstellung von Handelsinspektoren (analog den Fabrikinspektoren) und obligatorischer Fortbildungsunterricht für die jugendlichen Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen. Ehe die Generalversammlung auseinanderging, wurde noch die Mahnung an die Delegierten gerichtet, die lokalen Sonderorganisationen aufzugeben und für den Zusammenschluß zu einer einheitlichen, starken Organisation zu wirken.

Der Generalversammlung des Verbandes der Gastwirtsgehilfen, der erst seit einiger Zeit weibliche Mitglieder aufnimmt, wohnten zwei weibliche Delegierte bei, Vertreterinnen der Münchener Sektion. Trotz der recht schwierigen Verhältnisse, unter denen die genannte Organisation tätig ist, sind beachtenswerte Fortschritte erzielt worden. Eine der vornehmsten Aufgaben, welche dem Verband aus den eigenartigen Verhältnissen des Berufs erwachsen ist, heißt: Bekämpfung der Stellenvermittlung. Die Stellenvermittlung ist einer der widerlichsten Ausbeutungszweige der kapitalistischen Ordnung. Die weiblichen Angestellten im Gastwirtsgeerbe haben wohl noch mehr unter ihr zu leiden als die männlichen. Wie aus dem Bericht des Verbandsvorsitzenden hervorging, hat der Verband in den letzten zwei Jahren 3372 dauernde und 128574 Anstellstellen kostenlos vermittelt. Nach den ortsüblichen Gebühren hätte für diese Stellen mindestens die Summe von 87176 Mk. an die gewerksmäßigen Stellenvermittler gezahlt werden müssen. Der Verband bringt das strapellose Verfahren dieser Vampire der armen Arbeitslosen auch zur Anzeige der Behörden. Wie berichtet wurde, zahlen aber die Stellenvermittler mit großer Gemütsruhe die niedrigen Polizeistrafen und sehen nach wie vor ihre gesetzwidrigen Machenschaften fort. Eine ganze Anzahl Kollegen trat allein des Arbeitsnachweises wegen dem Verband bei. Auch auf dieser Generalversammlung wurde über mangelnden Arbeiterschutz lebhaft Klage geführt. Die Hoffnung des Grafen Posadowsty, daß die Gastwirtsbetriebe den Bundesratsverordnungen zum Schutze der Angestellten mit der Zeit mehr Verständnis entgegenbringen würden, hatte sich als trügerisch erwiesen. Es muß deshalb auf die Durchführung dieser Bundesratsverordnungen aufmerksam geachtet und rücksichtslos gegen die Verträge dagegen vorgegangen werden. In Köln sind allein in den letzten zwei Jahren über 100 Bestrafungen dieserhalb erfolgt. Bedauerlicherweise greift in der letzten Zeit in der Rechtsprechung immer mehr die Auffassung Platz, daß auf Bahnhofwirtschaften die Gewerbeordnung keine Anwendung finde, und daß in der Folge auch die Bundesratsbestimmungen keine Geltung für sie haben. — Der Verband soll sich mit großem Eifer der Agitation widmen, besonders auch unter den weiblichen Angestellten, wie dem Küchen- und Hilfspersonal. Die Anstellung eines besoldeten Bezirksleiters für Rheinland-Westfalen wird sicherlich der Agitation förderlich sein. Gegen die beantragte Beitragserhöhung wendeten sich die weiblichen Delegierten mit dem Hinweis auf die geringe Entlohnung des weiblichen Personals in Gastwirtsbetrieben. Eine Beitragserhöhung, so meinten sie, werde auch die junge Filiale der Münchener Kellnerinnen schädigen. Die Generalversammlung beschloß daraufhin, die Beiträge nur für die männlichen Mitglieder zu erhöhen, die künftig statt 30 40 Pf. die Woche zahlen sollen. Um das weibliche Wäffelt- und Hilfspersonal sowie die Köchinnen für die Organisation zu gewinnen, können in größeren Orten besondere Branchensektionen gebildet werden. Den Mitgliedern derselben steht trotz des um 10 Pf. niedrigeren Wochenbeitrags die gleiche Unterstützung zu wie den männlichen Mitgliedern. Möchten diese Maßnahmen dem Verband recht viele weibliche Angestellte zuführen. Sie bedürfen dringend einer Verbesserung ihrer überaus traurigen Lage durch die Macht der Organisation.

An der Generalversammlung des Verbandes der Wäsche- und Krawattenarbeiter und -arbeiterinnen zu Berlin nahmen 20 Delegierte teil. Der Verband ist eine der jüngsten deutschen Organisationen, die namentlich in letzter Zeit sich kräftig gerührt und ausgedehnt hat. Seit der letzten Generalversammlung ist die Zahl ihrer Mitglieder von 1000 auf 6500 gestiegen. 93 Prozent davon, also etwa 6045 sind Arbeiterinnen. Der Ausbreitung der Organisation steht noch ein sehr großes Feld offen, bestehen doch jetzt erst 12 Filialen gegen 5 vor 2 Jahren. Die begreiflicherweise finanziell noch nicht gut fundierte Gewerkschaft wurde durch große Streiks stark in Anspruch genommen, wie unseren Leserinnen erinnerlich sein wird. Der Streik in Berlin, an dem circa 8000 Personen beteiligt

waren, kostete allein rund 55000 Mk., der in Bielefeld, wo etwa 1000 Personen in Betracht kamen, annähernd 29000 Mk. Auch in einigen Werkstättenkreisen war der Verband engagiert. Da ist es denn kein Wunder, daß dieser ein Darlehen von 59000 Mk. aufnehmen mußte. Um die Organisation finanziell zu kräftigen, wurde eine Erhöhung des Wochenbeitrags von 25 auf 40 Pf. für männliche und von 15 auf 20 Pf. für weibliche Mitglieder beschlossen; als Äquivalent dafür wurden die Unterstufungen etwas heraufgesetzt. An den Verhandlungen über die Heimarbeit im Beruf beteiligte sich auch die Vertreterin des Frauenagitationskomitees, Genossin Jhrer. Mit der Anstellung eines Kassierers und eines Bezirksleiters für den Bezirk Bielefeld hat der Verband agitatorische Kräfte disponibel gemacht, die gewiß seine Ausdehnung und Stärkung fördern werden. Die Verwirklichung dieser Hoffnung liegt im Interesse der vielen Zehntausende Wäschearbeiterinnen, denen die Organisation Schutz und Schirm sein soll. Angesichts des Überwiegens der weiblichen Mitglieder im Verband dünkt uns jedoch ein auffällig: daß nicht eine einzige Frau in die Leitung berufen worden ist. Es scheint dies dafür zu sprechen, daß die Mehrzahl der weiblichen Mitglieder zurzeit noch einen mehr passiven als aktiven Anteil an dem Leben ihrer Gewerkschaft nimmt. Unseres Erachtens sollten die organisierten Wäschearbeiterinnen sich an jeder Art Arbeit in der Organisation und für die Organisation so rührig beteiligen, daß es sich als ganz natürlich ergäbe, daß auch Frauen in die Verbandsleitung gewählt würden. Nicht etwa nur, weil das ihr Recht ist, das auf ihrer Pflichterfüllung beruht, sondern vor allem, weil wir uns davon den größten Nutzen für den Verband selbst und für die Organisation der Arbeiterinnen versprechen. #

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Die Gründung einer Dienstbotenorganisation in München ist beschlossen worden. Das Übermaß der Ausnutzung und unwürdigen Behandlung, welche die Mehrzahl der Dienstmädchen auch hier erfährt, hat das Bedürfnis nach einer Verbesserung ihres traurigen Loses wachgerufen. Und allmählich ist auf Grund des empfundenen Bedürfnisses die Erkenntnis gekommen, daß der Zusammenschluß in einer Organisation ein unentbehrliches Mittel ist, das Menschenrecht der Dienstmädchen den Herrschaften gegenüber zur Geltung zu bringen. Das wurde durch den überaus großen Besuch und durch den Verlauf der Dienstbotenversammlung bezeugt, welche am 6. Mai in München getagt hat. Die Mitglieder des Bildungsvereins für Frauen und Mädchen hatten sich die vorbereitende Agitation eifrig angelegen sein lassen. Mehrere Tage lang hatten sie die Dienstmädchen auf die Versammlung durch Handzettel aufmerksam gemacht, die sie in den Herrschaftsvierteln von Wohnung zu Wohnung trugen. Am Samstag setzten sie ihre Agitation auf dem Viktualienmarkt fort. Jedem Mädchen, das zum Einlauf ging, wurde ein Zettel in die Hand gedrückt, wodurch die Entrüstung gar mancher „Gnädigen“ erregt wurde. Dank der Arbeit unserer Genossinnen ging es auf dem Markt bald so „rebellisch“ zu, daß, der Aufforderung einiger „Damen“ entsprechend, die Zettelverteilerinnen weggeführt wurden. Die Vortragsrede ist nicht vergebens gewesen. Der Zubrang zu der Versammlung, die Sonntagmittags stattfand, war ein ungewöhnlich großer. Bald waren die beiden oberen Räume des Restaurants Dall'Armi von Dienstmädchen überfüllt. Später Ankommende mußten sich im Hausgang oder auf der Treppe postieren, und viele wurden gezwungen, wegen Platzmangel wieder umzulehren. Der Vortrag unserer Genossin Grünberg über die Dienstbotenbewegung und ihre Ziele wurde mit dem lebhaftesten Beifall aufgenommen. Was die Rednerin über die maßlose Ausnutzung der Zeit und der Kräfte der Dienstmädchen ausführte; über ihre oft ausgesuchte schändliche Behandlung und Mißhandlung durch die „Gnädigen“; über die unzulängliche Entlohnung und Kost; über die menschenunwürdigen Wohnungs- und Schlafräume; über vielerlei andere Mißstände noch, welche die Existenz vergällen: das alles wurde von den Anwesenden durch lebhafteste Zustimmungsrufe unterstrichen. Sie beklagten, daß die Leiden, welche Genossin Grünberg schilderte, den Versammlungsbefucherinnen nur zu gut aus der eigenen traurigen Erfahrung bekannt waren. Begeisterte Zustimmung begrüßte die Auforderung der Referentin, die Mädchen sollten sich zu einer festen Organisation zusammenschließen, welche den Kampf für die Besserung ihres Loses mit aller Energie führen könne. Die Diskussion bestätigte, daß das allgemeine Dienstbotenend zug um Zug auch in dem „gemütlichen“ München zu finden ist. Ein Mädchen ist für 8 1/2 Monate Arbeit und Plage mit insgesamt 30 Mk. entlohnt worden, und beim Verlassen des Dienstes mußte es der noblen Herrschaft die erhaltenen Trinkgelder sowie das tägliche Biergeld herauszahlen. Mehrere Mädchen schilderten, wie sie den Sonntag „heiligen“ müssen. Bei einer Herrschaft war das Mädchen gezwungen, an den meisten Sonntagen von 6 Uhr morgens bis 12 Uhr nachts zu arbeiten. Bei einer anderen wurde das Mädchen während des Sonntagspaziergangs der Herrschaft in die Wohnung gesperrt und mußte von früh 9 bis 3 Uhr nachmittags hügeln. Von Stockprügeln auf den Wagen, mit denen „Gnädige“ ihre Mädchen bedenkten, wurden trasse Fälle erzählt. Ein Mädchen klagte darüber, daß es an den Ausgangesonntagen, sowie an den drei Weihnachtsfeiertagen kein Abendessen bekomme. Ein anderes muß sein Mittagessen, das die Herrschaft aus dem Wirtschaftshaus holen läßt, mit dem Hund und der Katze teilen. Aus der Mitte der Versammlung heraus wurden erschütternde

Klagen über miserable Schlafräume und grobe Mißhandlungen seitens der Herrschaften laut, ganz besonders aber auch über unsittliche Zumutungen, deren sich die „gnädigen Herren“ und „Herren Söhne“ nicht entblößen, welche meinen, mit der Arbeitsflavin auch die Lustflavin gekauft zu haben. Alles in allem bekräftigte die Diskussion, wie dringend nötig die dienenden Mädchen des festen Zusammenschlusses bedürfen, um ihre Rechte als Menschen wahren zu können.

Die beschlossene Organisation bildet eine Filiale des Nürnberger Dienstbotenvereins und gewährt die gleichen Vorteile wie er. Davon ist nicht an letzter Stelle die Errichtung eines kostenlosen Stellennachweises zu nennen, welcher die Mädchen der schamlosen Ausbeutung durch die gewerbmäßigen Verdingerinnen entzieht. Der Stellennachweis befindet sich Frauenplatz 6, Eingang Mazaristrasse. In den provisorischen Ausschuss des Vereins wurden gewählt Frau Limm, Frau Stiegler und Frau Schmidt. Weit über 200 Besucherinnen erklärten ihren Beitritt zum Verein. Innerhalb vier Wochen soll in einem größeren Lokal eine weitere Versammlung abgehalten werden. Hoffentlich lassen sich die Dienstmädchen in München weber durch Einschüchterungsversuche der Herrschaften noch durch die faulen Wiße der bürgerlichen Presse davon abhalten, sich zu organisieren und in ihren Kreisen recht rührig für den Verein neue Mitglieder zu werben. Je mehr die Organisation sich ausdehnt und erstarkt, um so erfolgreicher wird sie für ein lichtereres Dasein der Dienstmädchen eintreten können.

Als eine Sklavenordnung muß die Arbeitsordnung gebrandmarkt werden, die Frau Ingenieur Hase in Nürnberg ihrem Mädchen beim Dienstantritt eingehändigt hat. Sie ist nicht bloß eine Illustration des schreienden Dienstbotenlebens, sondern ein kulturhistorisches Denkmal von unserer Zeiten Schande, von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Die Arbeitsordnung lautet:

„5.30 Aufstehen, Waschen, Haarmachen, Ankleiden, Bettmachen. 5.45 Milch für die Kleinen machen. 6.00 Die Milch geben sowie das Kind besorgen, Zimmer säubern, lästigen usw. 6.30 Kaffee bereiten, Brot abnehmen usw. 6.45 Kaffee auf den Tisch stellen, Post holen usw. 7.00 Kaffee trinken, Schlafzimmer richten. 7.30 Badzimmer richten. 8.00 S.-K. Zimmer richten, Abort säubern usw. 8.30 Sonstige Säuberungen vornehmen. 9.00 In der Küche vorrichten und eventuell Gänge besorgen; bis Mittag am Herd schaffen und aufpassen, daß nichts anbrennt, die Gedanken beisammen haben, daß alles richtig gewürzt ist usw. 12.00 Tisch decken. 12.30 Tisch abdecken, essen, abwaschen, Küche sauber machen. 2.00 Kaffee auf den Tisch setzen. 2.30 mit allen Küchenarbeiten fertig sein, Gänge besorgen, Zimmer reinigen, Kleinen warten. 6.00 Abendessen herrichten. 7.00 Tisch decken, Bier holen usw. 7.30 abdecken, aufräumen, Schuhe, Kleider usw. putzen. 9 bis 10 Uhr mit allen Arbeiten fertig sein und überlegen, was morgen früh zu tun ist, sowie vornehmen, morgen alles besser zu machen. Zu Bette gehen und mit dem lieben Gott unterhalten.“ H. G.

Frauenstimmrecht.

Die Einführung des Frauenwahlrechts in Rußland wird mit mehr oder weniger Nachdruck von allen politischen Parteien gefordert, die eine Neugestaltung des Staatslebens erstreben. Die Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre sind von Anfang an Verfechter der vollen politischen Gleichheit der Geschlechter gewesen. Der Kongreß der konstitutionell-demokratischen Partei (der Kadetten) zu Petersburg hat betreffend die Tätigkeit in der Reichsduma eine Resolution angenommen, welche sich für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts ausspricht, und das für die nationale Vertretung sowohl, wie für die lokale Selbstverwaltung. Zwar kamen auf dem Kongreß auch Gegner des Frauenstimmrechts zum Wort, doch sie blieben in der Minderheit. In den Debatten der Duma über die Adresse an den Zaren wurde wiederholt volles politisches Bürgerrecht für das weibliche Geschlecht gefordert. Ein Mitglied der Duma, Jabolotny, erklärte, im Namen von Millionen Bauern zu sprechen, welche zweifellos für die Verleihung politischer Rechte an die Frauen seien, die mit 70 Millionen die Hälfte der russischen Bevölkerung ausmachen. Rechne man ihnen die Zahl der Männer hinzu, welche für das Frauenrecht eintreten, so ergäbe sich eine ungeheure Mehrheit zugunsten der Aufhebung der Dienstbarkeit der Frau. Ein Bauernkongreß, der im vorigen Jahre tagte, hat sich gleichfalls für Zuerkennung des Stimmrechts an das weibliche Geschlecht erklärt. Die liberalen und revolutionären Bauernabgeordneten der Duma wenden der Frage fortgesetzt ihre Aufmerksamkeit zu. Sie sandten kürzlich eine Deputation an den Petersburger Frauenklub mit dem Ersuchen, ihnen einen Vortrag über die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts zu halten. Die Schriftstellerin Ljubow Gurewitsch wurde mit anderen Klubmitgliedern zu dem Zwecke in das Lokal der Bauernabgeordneten gesandt. Bei ihrem Erscheinen wurden die Damen mit stürmischem Beifall empfangen. Der Vortrag von Fräulein Gurewitsch machte offensichtlich einen tiefen Eindruck auf die andächtig laufende Versammlung. Der Beifall wollte kein Ende nehmen, und die bäuerlichen Abgeordneten versprachen, nachdrücklich für das Frauenwahlrecht eintreten zu wollen, sobald in der Duma ein entsprechender Antrag gestellt werde. — Ein Aufruf zugunsten der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts trägt die Unterschriften der bedeutendsten Männer der intellektuellen und politischen Kreise.

Der Kampf um die Zuerkennung des politischen Wahlrechts an das weibliche Geschlecht in Schweden geht weiter. Die Wahlrechtsreform ist bekanntlich für dieses Jahr gescheitert. Aber beide Kammern des schwedischen Reichstags haben auf Vorschlag des Verfassungsausschusses den Beschluß gefaßt, die Regierung aufzufordern, die Frage der Einführung des politischen Frauenwahlrechts zu prüfen. In der Ersten Kammer wurde der Vorschlag mit 69 gegen 60, in der Zweiten mit 127 gegen 100 Stimmen angenommen. Der Antrag ist bereits in den beiden vorausgehenden Jahren von dem Abgeordneten Lindhagen, Bürgermeister von Stockholm, eingebracht, aber von beiden Kammern abgelehnt worden. Wer da meint, die Frauenrechtsgegner hätten plötzlich den Weg nach Damaskus gefunden, der irrt jedoch. Einem Teil der Reaktionen, zumal in der Ersten Kammer, ist die Zustimmung zu dem Antrag nicht von geschichtlicher Einsicht und Gerechtigkeitsgefühl diktiert worden. Die Herren beabsichtigen vielmehr, durch die Erörterung der Frage die allgemeine Wahlrechtsreform hinauszuschieben. Des weiteren ist es ihre Absicht, die Wahlrechtsreform dadurch abzuschwächen, daß sie dem allgemeinen Männerwahlrecht ein Damenwahlrecht anlocken, das durch einen Zensus beschränkt ist. Am wirksamsten lassen sich unseres Erachtens beide Spekulationen zu nichte machen, wenn unter Führung der Sozialdemokratie die arbeitenden Massen für die Zuerkennung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts an beide Geschlechter kräftig Sturm laufen.

Ob die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts in Schweden von der sozialdemokratischen Partei gefordert werden soll, darüber wird eventuell ein außerordentlicher Parteitag entscheiden, über dessen Stattfinden eine Urabstimmung vorgenommen wird. In der Arbeiterkommune Stockholm ist die Abstimmung bereits beendet. Nur 1143 Mitglieder beteiligten sich daran, 113 stimmten für den außerordentlichen Parteitag, 1030 dagegen.

Unserer Meinung nach sehen die herrschenden Klassen in allen Ländern der Forderung des Proletariats auf Demokratisierung des Wahlrechts den zähesten und erbittertesten Widerstand entgegen, ohne Unterschied, ob die Sozialdemokraten bei ihrer Wahlrechtskampagne auch das Frauenwahlrecht fordern oder nicht. Durch diese Situation werden alle tatsächlichen Rechenexempel gegenstandslos, welche die Forderung des Frauenwahlrechts als ein besonderes Hindernis für den proletarischen Wahlrechtskampf in Betracht ziehen. Nicht die größere und geringere „Bescheidenheit“ der sozialdemokratischen Forderungen sichert ihren Sieg, sondern lediglich die Macht, welche das Proletariat hinter dieselben setzt. Der Beschluß des Amsterdamer internationalen Sozialistenkongresses, das Frauenstimmrecht betreffend, müßte deshalb auch für unsere schwedische Bruderpartei bindend sein.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Ein neuer Vers zum Lieb vom Arbeiterinnenglied in Fürth. Scharfe Kritik fordern die Zustände in der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoffabrik Nürnberg, Betrieb Stadeln, vormalig S. Utendörfer in Fürth heraus. Die Vorschriften der Arbeiterschutzgesetzgebung werden hier überhaupt nicht beachtet. In hygienischer Beziehung bleibt alles zu wünschen übrig. Gesundheit und Leben der Arbeiterinnen sind aufs höchste gefährdet. Die Firma kann sich rühmen, eine „Musterbadeanstalt“ zu besitzen. Sie soll für 400 Personen genügen; wie das bei vier Zellen möglich sein soll, ist rätselhaft. Zwei Zellen sind für die Männer, die beiden anderen für die Frauen bestimmt, und zwar gehen die vier Personen zu gleicher Zeit baden. Für die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen gibt es nur einen gemeinsamen Umkleideraum. Dem Unternehmertum ist die Sittlichkeit wie die Gesundheit der Proletarierinnen Jekuba. Es kennt nur ein höchstes Gebot: so viel Profit als nur möglich aus den Lohnslaven herauszupressen. H. G.

Quittung.

Bei der Unterzeichneten gingen vom 17. März bis 30. April für den Agitationsfonds der Genossinnen ein: aus Neutlingen durch Frau Schradin 10 Mk.; Berlin am 18. März gesammelt 23,75 Mk., von zwei Genossinnen 2 Mk.; aus Essen durch Genossin Deuper 25 Mk.; Weida i. Thür. durch Genossin Rohland 5 Mk.; Karlsruhe von Genossin D. 10 Mk.; Mülheim a. Ruhr durch Genossin Brunwald 8,30 Mk.; Linden a. Ruhr durch Genossin Blasius 19,75 Mk.; Koblenz durch Genossin Kemmer 10 Mk.; Köln-Ehrenfeld, Köln-Stadt durch Genossin Päh je 20 Mk., 40 Mk.; Flensburg durch Genossin Meyer 25 Mk.; Ottensen durch Genossin Wartenberg 15 Mk., von Frau Rix 1,50 Mk.; Lurup durch Genossin Großmann 2,35 Mk.; Waltershausen durch Genossin Bach 11,38 Mk.; Schleswig durch Genossin Wegner 3,41 Mk.; Gelsenkirchen durch Genossin Hunold 35 Mk.; Leipzig durch Genossin Frenzel 23,50 Mk.; Callenberg-Dichtenstein durch Genossin Held 15 Mk.; Lennep durch Genossin Stecher 13 Mk.; Eving durch Genossin Herberholz 5 Mk., durch Genossin Praun 8,80 Mk.; Mülhausen in Thüringen, darunter 50 Mk. gesammelt auf dem Kommerz zu Ehren der Delegierten des Textilarbeiterverbandes, 56 Mk.; Schönlank durch Genossin Bent 9,10 Mk.; Hamburg durch Genossin Zieh 50 Mk.; Mülhberg a. G. durch Genossin Krüger 5 Mk.; Weibert, Uberschuß vom Vertrieb der „Gleichheit“, durch Genossin Roebel 40 Mk. Summa 472,84 Mk.

Dankend quittiert: Dittlie Baader, Berlin S 53, Blücherstr. 49, Hof II.

Selbsthilfe.

Von Ludwig Pfau.

Wenn nichts mehr hilft, wenn gar nichts mehr
Errettet und versängt,
Hat uns der Herr die blanke Wehr
Als Rechtsbrief umgehängt.
Er gab der Rose ihren Dorn
Und Galle jedem Blut,
Er gab dem Mann den heil'gen Zorn
Und die gerechte Wut.

Wohlan! das Spiel ist nicht zu End',
Ihr Schergen groß und klein!
Verlöschet erst am Firmament
Den Sonn- und Mondenschein;
Bläst aus am Himmel Stern um Stern —
Solang das Licht noch wacht,
Wird's immer wieder Tag, ihr Herrn,
Auch nach der schönsten Nacht.

Last sehn, ob ihr im Wetter dann
Vor unserm Zorn besteht —
Den Dorn für euch! wenn's wieder an
Ein Rosenbrechen geht.
Mit stählernen Federn schreiben wir
Den Freibrief, daß euch's graut,
Mit roter Tint', statt auf Papier,
Auf eure Felsenhaut.

Die alte Isergil.

Von Maxim Gorki.

(Fortsetzung.)

„Sie versammelten sich also,“ erzählte die Alte weiter, „und begannen über eine Strafe zu beraten, die streng genug wäre für die begangene Ruchlosigkeit. Es wurde der Vorschlag gemacht, daß der Mörder von vier Rossen zerrissen werden sollte — doch war ihnen das noch zu wenig. Dann überlegten sie, ob nicht jeder von ihnen einen Pfeil auf ihn abschießen sollte — aber auch dies schien ihnen nicht Sühne genug. Dann dachten sie daran, ihn zu verbrennen — allein der Rauch des Scheiterhaufens hätte sie verhindert, seine Qualen zu sehen. Mancher Vorschlag wurde noch gemacht, doch fanden sie nichts, das allen genügt hätte und von allen gebilligt worden wäre. Seine Mutter lag vor ihnen auf den Knien — schweigend, ohne Tränen oder Worte zu finden, um Gnade für den Frevel zu erbitten. Endlich, nach langem Hin- und Herreden, sprach einer von den Weisen des Stammes: „Laßt uns doch einmal fragen, weshalb er das Schreckliche getan hat!“

Sie fragten ihn, und er sagte: „Bindet mich erst los — eher mag ich nicht sprechen!“

Sie taten, wie er begehrte, und nun erklärte er:

„Ich habe sie getötet, weil sie mir nicht willfahrte, als ich ihrer begehrte.“

„Aber welches Recht hattest du, ihrer zu begehren? War sie denn dein eigen?“

„Mein eigen? Wessen ich begehrte, und was ich darum mir nehme, das ist mein eigen!“

Sie redeten noch mancherlei mit ihm, und erfahen aus seinen Antworten nur, daß er sich für den Ersten hielt auf dieser Welt und außer und neben sich gar nichts gelten ließ. Unheimlich ward ihnen zu Mute, als sie begriffen hatten, zu welcher trostlosen Einsamkeit und Verlassenheit dieser hochfahrende Jüngling sich selbst verurteilt hatte.

Und da sie nun wieder daran gingen, über sein Schicksal zu beraten, sprach jener Weise zu ihnen:

„Ich weiß eine Strafe für ihn: eine furchtbare Strafe, wie ihr sie grausamer in hundert Jahren nicht ersinnen könntet. In seinem eigenen Herzen ruht schon seine Strafe. Gebt ihn frei und überlastet ihn sich selbst — nicht härter könnt ihr ihn strafen.“

Und wie er also sprach, geschah etwas Gewaltiges: ein Blitz fuhr unter gellendem Donnererschlag vom wolkenlosen Himmel nieder. So hatten die himmlischen Mächte das Wort des Weisen bekräftigt, und alle beugten sich und gingen auseinander.

Der Jüngling aber, den sie jetzt Larra, das heißt der Ausgestoßene, Verworfenene, nannten, lachte hinter ihnen her. Er war nun frei, wie sein Vater, der Adler, es gewesen war. Und er lebte, obschon er doch ein Mensch war, ganz nach dessen Art: er fiel in die Hürden und Zelte des Stammes ein und raubte Lämmer, Mädchen und was ihm sonst gefiel. Er ward ein echter, rechter Räuber, gewandt, listig, stark, grausam und ging den Menschen aus dem Wege.

Viele, viele Jahre trieb er es so — bis er doch endlich dessen inne ward, daß auch vom Menschen etwas in ihm lebte, und daß es dem Menschen nicht gegeben ist, ewig in frostig kalter, hochmütvoller Einsamkeit zu weilen. So ging er eines Tages wieder in der Menschen Nähe. Als sie den Feind in ihm erkannten, stürzten sie auf ihn zu, um ihn zu töten. Da er aber keine Miene machte, sich zu verteidigen, befaßen sie sich auf das Urteil, das über ihn gefällt war, und sie riefen:

„Rührt ihn nicht an — er will sterben!“ Und sie ließen ab von ihm und verlachten ihn. Er aber erbehte, als er ihr Lachen vernahm. Er fühlte, daß sie erraten hatten, was in seinem Innersten vorging, daß sie ihm den Stiel vor sich selbst am Gesicht ablasen. Um sie zur Gegenwehr zu reizen, nahm er Steine auf und warf sie nach ihnen — sie aber wichen seinen Würfen aus und vergalteten ihm nicht mit Gleichem.

Da zog er seinen Dolch aus der Scheide und stach nach seiner eigenen Brust — doch der Stahl zersprang, als wär' er auf harten Stein gestossen. Nun stürzte er zu Boden und schlug lange mit dem Schädel gegen die Erde — — allein die Erde wich ihm aus, nur tiefe Löcher schlug seine Stirn hinein.

„Er kann nicht sterben!“ riefen frohlockend jene, die seine Qualen beobachteten.

Und sie gingen von dannen und überließen ihn sich selbst. Mit dem Antlitz nach oben lag er da und sah hoch am Himmel, gleich schwarzen Punkten, die mächtigen Adler fliegen. Und so viel Gram und Bitterkeit lag in seinen Augen, daß man der ganzen Menschheit damit alle Lebensfreude hätte vergiften können. Er, der Stolze, Einsame, Freie wünschte sich nichts sehnlicher als den Tod. Ihn suchte er hinfort überall, wo er stand und ging — — und wie ein Schatten, siehst du, ist er schon geworden bei diesem ewigen Suchen. Menschliches Fühlen, menschliches Lieben, menschliches Handeln ist ihm unverständlich geblieben — und auch menschliches Sterben ist ihm versagt. — So ward Larra, der Sohn des Adlers, bestraft für seinen ruchlosen Hochmut!“

Die Alte stieß einen Seufzer aus und schwieg. Ihr Kopf sank auf die Brust hinab und wackelte mehrmals ganz sonderbar hin und her.

Ich schaute sie an — der Schlaf hatte sie offenbar überwältigt. Den Schluß ihrer Erzählung hatte sie mit erhobener, fast drohender Stimme vorgetragen, aus der jedoch zugleich etwas wie die Angst des Sklaven hervorlang.

Am Ufer sangen sie — ein gar seltsames Lied. Zuerst sang eine Altstimme zwei, drei Noten, dann ertönte eine zweite Stimme, die das Lied von vorn begann, während die erste ihr vorauseilte — dann fiel die dritte, vierte, fünfte in derselben Ordnung ein. Und plötzlich stimmte der Chor der männlichen Sänger das gleiche Lied an.

Es ergab sich ein wunderbar origineller Zusammenklang. Jede der weiblichen Stimmen tönte für sich, und sie alle erschienen gleichsam wie verschiedenfarbige Bäcklein, die irgendwoher aus der Höhe hüpfend und rauschend von Stufe zu Stufe niederstürzten und in dem tiefen, breitschließenden Strom der männlichen Stimmen untertauchten, aus dem sie dann wieder einer nach dem andern emporstiegen, rein, gekräftigt, zur Höhe aufstrebend. Auch die Melodie war originell: die Männer sangen ohne Vibration, und die mächtigen Akkorde ihrer Stimmen tönten dumpf, wie wenn sie irgend eine traurige Mär berichteten, während die Stimmen der Frauen einander gleichsam zu überhaften und den Männern zuvorkommen suchten, wobei sie munter und lebhaft, mit vielen lachenden Trillern, gleich Schellen klirrten.

Das Rauschen der Wogen ward übertönt von dem herrlichen Gesange . . .

II.

„Hast du schon mal irgendwo so singen hören?“ fragte Isergil, den Kopf aufhebend und mit ihrem zahnlosen Munde lächelnd.

„Nein — solchen Gesang hab' ich noch nie gehört,“ sagte ich flüsternd.

„Aha! Und wirst ihn auch nie wieder hören! Wir lieben den Gesang. Und wie schön wir alle sind! Nur schöne Menschen, die das Leben lieben, verstehen gut zu singen. O, wir lieben das Leben! Sieh doch jene da: den ganzen Tag haben sie gearbeitet, vom frühen Morgen bis zum späten Abend — und nun, da der Mond aufgegangen ist, singen sie! Diejenigen, die nicht zu leben verstehen, legen sich nach vollbrachtem Tagewerk schlafen — die aber, denen das Leben lieb und teuer ist — die singen!“

„Aber die Gesundheit . . .“ warf ich ein.

„Gesundheit haben wir reichlich genug zum Leben. Die Gesundheit ist wie das Geld — will man von dem etwas haben, muß man es ausgeben. Würdest du's nicht so halten, wenn du Geld hättest? Weißt du, was ich getrieben hab', da ich jung war? Ich habe von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang Teppiche gewebt, fast ohne mich vom Fleck zu rühren. Ich war lebendig wie ein Sonnenstrahl und mußte unbeweglich dastehen wie ein Stein. Ich sah und sah, bis mir die Knochen im Leibe krachten. Wenn aber die Nacht kam, eilte ich zu jenem, den ich liebte, um mit ihm Küsse zu tauschen. Neun Werst weit lief ich, um ihn zu sehen — und wieder neun Werst zurück . . . Und so lief ich drei Monate lang, so lange wahrte unsere Liebe, jede Nacht zu ihm hin. Nun, siehst du, und 's Blut hat gereicht — schau, wie alt ich geworden bin! Und wie sehr ich geliebt hab'! Wie viel Küsse ich empfangen und gegeben hab'!“ . . .

Ich sah ihr ins Gesicht. Ihre schwarzen Augen blieben trüb, die Erinnerung vermochte ihnen keinen Glanz mehr zu geben. Der Mond beleuchtete hell ihr dunkles, runzeliges Gesicht, und ich sah die trockenen, aufgesprungenen Lippen, die hinter das spitz vorstehende, mit grauen Haaren bedeckte Kinn zurückwichen, und die eingeschrunpste Nase, die wie der Schnabel einer Gule sich abwärts bog. Die Stelle der Wangen nahmen schwarze Höhlen ein, und in einer von diesen lag eine Strähne aschgrauen Haars, die sich unter dem um ihren Kopf gewundenen roten Lappen hervorgebrängt hatte. Die Haut in ihrem Gesicht, wie an Hals und Händen, war ganz dünn und von zahllosen Runzeln durchfurcht; bei jeder Bewegung, die die alte Isergil machte, mußte ich fürchten, daß diese dünne, spröde Haut plagen und in Stücken abfallen, und daß dann das nackte Skelett mit den trüb flackernden schwarzen Augen vor mir dastehen würde.

„Erzähl' mir doch, wie du geliebt hast,“ bat ich sie, und sie begann wieder mit ihrer knirschenden Stimme zu erzählen:

„Ich lebte mit meiner Mutter in der Nähe von Falmi, dicht am Ufer des Byrlat; und ich war fünfzehn Jahre alt, da er in einem Boote vor unserm Häuschen anlegte. Er war schlank und zelenig, mit schwarzem Schnurrbart, und heiter von Gemüt. Er saß in seinem Boote und rief uns mit heller Stimme durchs Fenster zu: „Geda, habt ihr einen Schluck Wein und etwas zu essen für mich?“ Ich schaute durchs Gezweige der Eichen zum Fenster hinaus und sehe: der Fluß ist ganz in blaues Mondlicht getaucht, und er steht da in weißem Hemd mit dem breiten Gürtel, dessen Enden ihm an der Seite flattern, mit einem Fuß im Boote und mit dem andern am Ufer. Und er schaukelte sich hin und her und singt vor sich hin. Wie er mich erblickte, spricht er: „Ei, sieh doch, was für ein hübsches Mädchen hier wohnt! . . . Das wußt' ich ja gar nicht!“ Als ob er sonst schon alle Schönen gekannt hätte! Ich gab ihm Wein und gelochtes Schweinefleisch . . . und vier Tage später gab ich ihm schon mich selber . . . Wir schaukelten uns zur Nachtzeit im Boote auf dem Flusse — er kam und pfliff leise wie eine Bieselmaus, und ich schlüpfte gleich einem Fisch durchs Fenster, zu ihm hinaus auf den Fluß. Und dann trieben wir mit der Flut . . . Er war ein Fischer vom Pruth, und wie die Mutter alles erfuhr und mich schlug, suchte er mich zu überreden, daß ich mit ihm auf und davon gehen sollte, nach der Dobrudscha, und noch weiter, nach der Donaumündung.

Aber er gefiel mir damals nicht mehr . . . er sang nur immer und küßte mich, nichts weiter. Langweilig war das schon. Damals zog eine Bande von Huzulen* in jener Gegend umher, und es waren schmude Jungen darunter. Die führten ein frohes Leben! Manch eine wartet und wartet auf ihren wackeren Karpathenburschen, denkt, er sitze längst im Gefängnis oder sei irgendwo in einer Prügelei erschlagen — und mit einem Male ist er da, mit zwei, drei Genossen, als wär' er vom Himmel gefallen. Reiche Geschenke bringt er heim — leicht genug hat er sie erworben — und schmaust mit ihr, und rühmt sich ihrer vor den Genossen. Ihr aber gefällt das wohl.

Einst bat ich nun eine Freundin, die auch einen Huzulen hatte, mir die Burschen zu zeigen . . . Wie hieß sie doch gleich? Hab's vergessen . . . Alles vergefß ich jetzt. Sieben Jahrzehnte sind seit jener Zeit vergangen, da vergißt man alles . . . Sie machte mich also mit einem der wackeren Burschen bekannt. Schön war er . . . rot, ganz rot, Bart sowie Haupthaar. Ein richtiger Feuerkopf . . . Und er war bisweilen so schwermütig und so sanft — und dann brüllte und tobte er wieder wie ein Tier. Einmal schlug er mich ins Gesicht . . . da sprang ich ihm wie eine Kaze auf die Brust und biß mich mit den Zähnen in seiner Wade fest . . . Seit jener Zeit war ein Grübchen in seiner Wade, und er liebte es, wenn ich ihn dahin küßte . . .

„Und was ist aus dem Fischer geworden?“ fragte ich. „Aus dem Fischer? — Ach, der . . . Erst wollt' er mit ihnen anbinden, mit den Huzulen — und mir seht' er gehörig zu, wollt' mich ins Wasser werfen. Dann aber tröstete er sich, schaffte sich 'ne andere an und schloß sich den Huzulen an . . . Sie wurden beide zusammen gehängt — der Fischer und mein Huzule. Den Huzulen nannten sie „Kreuzschnabel“, wegen seines roten Kopfes. Ich ging hin und sah zu, wie sie gehängt wurden. In der Dobrudscha war's. Der Fischer war ganz bleich und weinte, wie er zum Galgen ging, der Huzule aber rauchte ruhig seine Pfeife. Die Pfeife im Munde, die Hände in den Taschen, ein Schnurrbartende auf der Schulter und das andere auf die Brust herabhängend — so schritt er daher. Wie er mich sah, nahm er die Pfeife aus dem Munde und rief: „Leb' wohl! . . .“ (Fortf. folgt.)

* Ruthenischer Volksstamm in der Bukowina.